

VORSTUFEN

Marxistische Zeitung

für SPD, Jusos, Falken, Gewerkschaften

Vor 20 Jahren:
Große Koalition
Seiten 4 und 5
SPD oder Grüne wählen?
Seite 8

Nr. 87 — Dezember 1986
80 Pfennig — Solidaritätspreis 1,20 DM



Arbeiter und ihre Familien wird es am härtesten treffen, wenn die Kohlregierung weiter im Amt bleibt. Das darf nicht passieren!

Weg mit Kapital und Kapital



Die Bundesregierung brüstet sich: Der deutschen Wirtschaft — und damit allen Deutschen — ginge es so gut wie lange nicht mehr. Die Inflation sei gestoppt, die Staatsverschuldung abgebaut worden. Kurz: der Aufschwung blühe. Doch was sind die Hintergründe? Ist dies das Verdienst der Bundesregierung? Kann das so weitergehen?

— Die Inflation wurde auf Kosten der Dritten Welt vorübergehend gebremst. Die Rohstoffpreise sind drastisch gesunken, vor allem der Fall des Ölpreises hat dazu geführt, daß die Bundesrepublik im letzten Jahr 30 Milliarden DM einsparen konnte.

— Die Staatsverschuldung wurde durch Kürzungen im sozialen Bereich, Umschichtung der Belastungen des Bundeshaushalts auf Länder und Gemeinden abgebaut. So führte z.B. die Verkürzung des Bemessenszeitraums für Arbeitslosenhilfe dazu daß viele langfristige Arbeitslose von Sozialhilfe leben müssen; und dafür ist der Bund nicht zuständig. Auch wurden auf der Plus-Seite der Haushaltsbilanz die großen Spekulationsgewinne der Bundesbank verbucht — ein ähnliches Vorgehen der SPD-Koalitionsregierung vor einigen Jahren wurde von der CDU-Opposition als Fälschungsversuch heftig angegriffen.

— Arbeitsplätze entstanden vor allem als Folge der Einführung der 38,5-Stunden-Woche in verschiedenen Branchen, wogegen die Kohlerzeugung heftig zu Felde zog. Und dennoch liegt die Zahl der Arbeitslosen — trotz vieler statistischer Beschönigungsversuche — noch immer einiges über der 2 Millionen-Marke.

— Die Kaufkraftsteigerung ist neben dem Ölpreiserfall auf die Lohnnebenleistungen zurückzuführen, die sich die Arbeiter erkämpfen haben ge-

rade gegen diese Regierung! Einnern wir uns: Bei den Ölv-Verhandlungen 1985 propagierte die Regierung eine Nullrunde.

Kein Verdienst der CDU

Dies alles zeigt: Die verbesserte Wirtschaftslage ist nicht das Verdienst der jetzigen Bundesregierung. Es gab international eine Hochkonjunktur, von der die BRD vor allem durch verstärkte Exporte in die USA profitierte. Ein großer Teil der angeblichen „Errungenschaften“ der Regierung ist auf eine einmalige Kombination von günstigen Umständen zurückzuführen.

Die nächste internationale Rezession kündigt sich, ausgehend von den USA, an. Der kommende scharfe weltwirtschaftliche Einbruch baut auf dem Sockel von hoher Massenarbeitslosigkeit und einer fast unerlösten Verschuldung der sogenannten Dritten Welt auf. Wir werden die Zahlungsunfähigkeit ganzer Länder, Bankenzusammenbrüche und Firmenschließungen, Massenentlassungen auch bei großen Konzernen in den Industrieländern erleben.

Unter solchen Umständen sind von einer kapitalistischen Koalition — gestärkt und übermütig im Falle eines zweiten Wahlsiegs — nur drastische Kürzungen zu erwarten, die alles bisher Erlebte in den Schatten stellen werden. Sie haben ein ganzes Paket von

Steuernmaßnahmen in der Schublade, um die Krisenlasten auf den „kleinen Mann“ abzuwälzen.

Kapital will drastische Kürzungen

Weiter sind geplant: — Abschaffung der sozialen Indikatoren beim Schwangerschaftsabbruch — Weiterer Ausbau der Atomenergie

— Abschaffung der vorgezogenen Altersrente für Frauen ab 60 Jahren — Angriffe auf die Gewerkschaften durch Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes — Heranziehung von arbeitslosen Jugendlichen zur Zwangsbeschäftigung, um Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe abzuarbeiten. — Abschaffung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für die ersten drei Krankheitsstage.

Der Bund der deutschen Industrie (dem diese Regierung ja sehr nahe steht) fordert folgende Maßnahmen: — Auflockerung des „starken Arbeits- und Sozialrechts“ — Mehr Teilzeitarbeit und flexible Schichtpläne — Mehr Freiräume für die Unternehmer

— Senkung der „Steuerlast“ für die Unternehmer.

Die Koalition darf nicht länger an der Regierung bleiben! Keine Stimme für die beiden Parteien des Kapitals. Jede Stimme der SPD. Aber wählen allein genügt nicht: mindestens und in der SPD konsequent sozialistische Politik durchsetzen helfen.

Barbara Kirschbaum, Köln
Jungsozialistin

Letzte Chance für SPD-Alleinregierung: Mobilisierung mit Sozialistischem Programm

Die schweren Wahlschläppen für die SPD bei der Landtagswahl in Bayern und der Hamburger Senatswahl enttäuschten die Mitglieder und Anhänger der SPD. Zweifel an der Möglichkeit, eine absolute Mehrheit für die SPD zu erringen, wurden bei vielen bestärkt. Unglücklicherweise versäumt die SPD-Spitze im Moment, ganz klar die Ursachen für die Niederlagen zu erklären, die Lehren zu ziehen und eine Perspektive für die anstehenden Bundestagswahlen zu weisen.

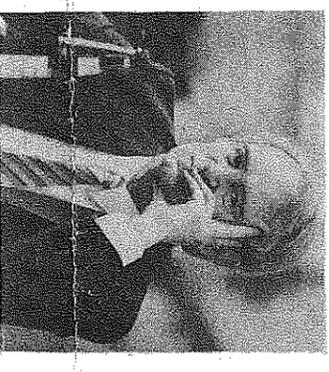
Noch bis vor einem halben Jahr schien es ziemlich aussichtsreich, daß die SPD die absolute Mehrheit gewinnen könnte. Empört über die Unternehmerrregung der bürgerlichen Parteien wandten sich viele — trotz früherer Enttäuschung mit der Schmidt-Regierung — wieder der SPD zu und verhalfen ihr zu eindrucksvollen Wahlsiegen bei anstehenden Landtagswahlen. In NRW trat die SPD siegesicher und optimistisch auf und konnte so die 1980 erreichte absolute Mehrheit behaupten. Die Wahlen in NRW zeigten einen Abwendungsprozeß weg von der CDU, aber noch keinen Hinwendungsprozeß zur SPD. Mit ihren Forderungen hätte sogar noch ein Zuwachs an absoluten Stimmen geschafft werden können.

Oskar Latomane hat das mit einem erduntescharigen Sieg im Saarland unter Beweis gestellt, da er die Frage der Sozialisierung von Arbeitskraft und eines Generalstreiks gegen Raketenstationierung in die Diskussion brachte und die NATO-Mitgliedschaft in Frage stellte.

Alles deutete darauf hin, daß die SPD die Reihe der Siege in den Ländern fortsetzen und im Anschluß daran die Bundestagswahlen im Januar 1987 gewinnen könnte. Die Ergebnisse vom März 1983 (SPD 38%, CDU 48%) schienen sich in den Umfragen vom Herbst 1985 bis zum Frühjahr 1986 genau umzukehren. Diese Entwicklung setzte sich jedoch nicht fort. Der Ausgang der Landtagswahlen in Niedersachsen war der erste Warnschub. Trotz prozentualer Zuwächse für die SPD wurde bei der absoluten Stimmenzahl nicht einmal das Ergebnis der Bundestagswahl 1983 erreicht. Hier zeigen sich bereits die Gefahren einer weitgehend unpolitischen Wahlkampfführung, die die Person des Kandidaten und Bekanntheit, die „besseren“ Niedersachsen, Bayern, Hamburger usw.“ zu sein, in den Vordergrund stellen. Insbesondere vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Lage in Hamburg wirkte das nicht besonders überzeugend.

Rückschlag in Bayern

Trotz aller Unkenrufe hat die SPD auch in Bayern die Chance zu einem weitaus besseren Ergebnis. Allerdings wäre eine klare Profilierung als sozialistische Alternative



Sympathisch sein allein genügt nicht

zur CSU nötig gewesen. Stattdessen zog Spitzenkandidat Hirsemann, Strauß und die CSU nachahmend, mit weiß-blauen Fähnchen im Lande umher. Er hatte ohnehin nicht auf Sieg gesetzt und wollte nur ein paar Prozentpunkte hinzugewinnen. Nicht einmal unzufriedene ehemalige CSU-Wähler, etwa die Bauern, konnten so angesprochen werden. Viel schlimmer ist jedoch, daß die SPD ihr traditionelles Stammwählerpotential in der städtischen Bevölkerung, vor allem Arbeiter, Angestellte und die Jugend, bei weitem nicht mobilisieren konnte. Unter der gesunkenen Wahlbeteiligung (-7,7%) hatte vor allem die SPD zu leiden. CSU-Verluste gab es in Richtung der halbfaschistischen „Republikaner“ des ehemaligen SS-Mannes Schönhuber, die auf drei Prozent kamen.

Die unklare Haltung der Landes-SPD u.a. zum Ausstieg aus der Atomenergie ermöglichte den Grünen, von der Unzufriedenheit vor allem jüngerer Wähler mit der SPD zu profitieren.

Beispiel Schwandorf

Das Ergebnis im Wahlkreis Schwandorf zeigt, was die SPD in Bayern insgesamt hätte schaffen können. Die dort geplante Atomanlage wurde von der örtlichen SPD seit langem entschieden abgelehnt. Landrat Hans Schürter als Symbolfigur eines langjährigen Ant-WAA-Kampfes überzeugte durch persönliche Engagement und Glaubwürdigkeit. Die SPD erreichte mit 50,9% die absolute Mehrheit, ein Zuwachs von über zehn Prozent. Die Grünen blieb hier unter dem Landesdurchschnitt. Die CSU büßte 14,3% ein.

SPD wählen

Fortsetzung
Seite 2

VORAN

zur sozialistischen Demokratie
Überregionale marxistische Zeitung

für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaft

Erschient seit Dezember 1973

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfninger

Redaktionsanschrift:

VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1

Telefon 0221 / 1345 04

Bankverbindung: P.GiroA Essen, Konto-Nr. 2500 59 - 430

Druck: G. Lutz, Dürener Str. 165a, 5000 Köln 1

Der Kommentar

Die Verantwortung der SPD-Spitze

Nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse zur Hamburger Bürgerschaft gab es erhebliche Enttäuschung unter SPD-Mitgliedern und -Anhängern. Auch in der SPD-Spitze setzte eine erregte Diskussion ein. Nach außen wurde keine klare Linie vertreten. Die Schlussfolgerung: Wie sehen die Chancen der SPD bei den nächsten Bundestagswahlen aus und was soll das erklärte Wahlziel der Partei sein? Schon in den vergangenen Monaten konnte man den Eindruck gewinnen, daß das Wahlziel immer niedriger gesteckt wurde. Dieses ganze Verwirrspiel schaffte Unklarheit bei der eigenen Basis, verbunden mit der Gefahr erheblicher Demoralisierung gerade derjenigen, die aktiv den Wahlkampf bestreiten sollen.

Nachdem in früherer Zeit Brandt einmal von einer möglichen „Mehrheit dresseits der CDU“ gesprochen und Raum für Spekulationen über eventuelle rot-grüne Bündnisse geschaffen hatte, schien das Wahlziel mit Rau als Spitzenkandidaten eindeutig formuliert: Absolute Mehrheit für die SPD, keine Koalitionen mit bürgerlichen Parteien (auch nicht mit den Grünen). Damit war ein klares Ziel gesetzt, das mit einem offensiven Wahlkampf und einem überzeugenden sozialistischen Programm durchaus zu schaffen gewesen wäre. Doch offenbar setzen in der SPD-Spitze Selbstzweifel darüber ein, ob sie in der Lage wäre, den Wahlkampf entsprechend zu organisieren! Wie soll sonst die Äußerung Brandts auf dem Nürnberg-Paritätstag, daß 43% für die SPD auch schon ein gutes Ergebnis wären, verstanden werden? Nach Nürnberg sprach auch Rau nicht mehr von einer absoluten Mehrheit, es hieß vielmehr „eigene Mehrheit“, um „Nr. Eins zu werden“. Was sollte das nun wieder heißen? War das Ziel einer absoluten Mehrheit aufgegeben? Wollte man nur stärkste Fraktion werden? Und nach dem Debakel in Hamburg wollte Brandt sogar nur noch „die absolute Mehrheit der Unionsparteien verhindern“. Heißt das, eine Mehrheit von CDU, CSU und FDP zusammen zu akzeptieren?

Verwirrspiel

Eins ist jedenfalls deutlich: Die SPD-Führung begeht den Fehler, einfach die Wahlziele immer weiter nach unten zu schrauben. Nötig wäre eine offensivere Wahlkampfführung mit mehr Inhalt! Eine solche Wendung im Wahlkampf, wie z.B. vom AFA-Vorsitzenden Dressler („Wir brauchen eine Dezember-Offensive.“) und von Parteilinken wie Eppler und Latonahne gefordert, könnte der SPD den Sieg bringen.

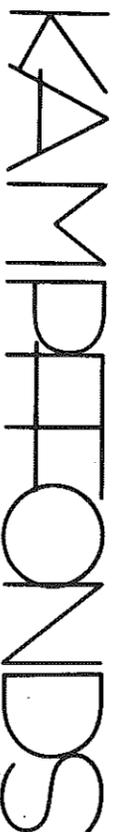
Rau sagt jetzt: „Ich halte die Mehrheit für möglich — und die Mehrheit ist immer mehr als die Hälfte.“ (FR, 13.11.86) Die Gefahren sind jedoch nicht zu übersehen: Durch das ganze Verwirrspiel sind an der Basis Zweifel am ernsthaften und unerschütterlichen Siegeswillen der Parteispitze geschaffen worden. Die von Lafontaine beklagten „unglaublichen Zustände in der Wahlkampfführung“ müssen geändert werden. Rau sagt zwar: „Ich habe noch nie über Strategien nachgedacht, sondern immer über Wähler.“ Doch wo bleiben die Früchte des „Nachdenkens über Wähler“, wenn es um die Mobilisierung der Stammwählerschaft, der Arbeiter und der Jugend geht? In Bayern wurden die Nichtwähler mit 30% die zweitstärkste Partei, auch in Hamburg gingen nur 78% zur Wahl, und das alles auf Kosten der SPD!

Die Kampfbereitschaft an der SPD-Basis ist vorhanden: alleine am 2. November kamen 250.000 zum Deutschlandtreffen der SPD in Dortmund! Jetzt ist die SPD-Linke gefordert: Sie darf nicht zulassen, daß ein möglicher SPD-Sieg im Januar 1987 durch eine uneffektive, inhaltlere Wahlkampfführung der Parteispitze verspielt wird. Linke, sozialistische Ideen begeistern Mitglieder und Wähler und können noch Unentschlossene zur SPD herüberziehen.

Hamburger Verhältnisse

Besonders in Hamburg ist jetzt rasches Handeln geboten. Der linke Flügel muß sich formieren und eine innerparteiliche Kampagne organisieren. Es sollten Sonderstisungen aller Parteigliederungen einberufen und Resolutionen für ein sozialistisches Programm, gegen eine große Koalition oder Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien und für die Aufnahme von Gesprächen mit der GAL verabschiedet werden. Die GAL wird an ihren linken Ansprüchen zu messen sein. Wenn sie wirklich so links ist, wie sie immer vorgibt, darf sie nicht zulassen, daß die CDU an die Macht kommt. Die GAL muß ohne jede Vorbedingung die SPD gegen die CDU unterstützen. Die Wahl eines SPD-Senats darf nicht von der vorherigen Erfüllung politischer Forderungen abhängig gemacht werden. Da, wodie Grünen langjährige Forderungen des linken Flügels der SPD und besonders der Jusos übernommen haben, so können sie für deren Durchsetzung kämpfen. Die Grünen alleine können überhaupt nichts durchsetzen. Nur die organisierte Arbeitbewegung, SPD und Gewerkschaften können ein sozialistisches Programm verwirklichen.

Wann kommt Deine Wahlkampfspende ?



In der letzten Ausgabe eröffneten wir eine neue Spendenkampagne zum Aufbau der marxistischen Zeitung in der Arbeiterbewegung mit einem Gesamtziel von 45.000 DM bis Ende Januar 1987. In der Zwischenzeit haben uns weitere DM 7.653,41 erreicht, so daß wir mit DM 19.373,02 einen guten Start in die Kampagne gemacht haben.

Ein Blick auf einige Aktivitäten, die VORAN-Unterstützer zugunsten des Kampffonds durchgeführt haben, zeigt, wie leicht es ist, Geld zu sammeln — und daß es viel Spaß machen kann!

Zum Beispiel spielen in Stuttgart VORAN-Unterstützer Theater bei der Wahlkampf-Aufkürveranstaltung der Stuttgarter SPD und spendeten ihre Gage von DM 90,90. Überall haben Leser mit Wahlweihen für den Kampffonds beste Erfahrungen gemacht: In Wiesbaden haben sie 36,-DM, in Hamburg 33,-DM eingebracht. Jeder kann es ihnen nachmachen — wir haben noch zwei Monate Zeit. Beim Katholikentag in Aachen haben Leser einen Info-Stand gehabt und DM 172,41 gesammelt — dies allein zeigt, welches Interesse für marxistische Ideen bei Jugendlichen in allen möglichen gesellschaftlichen Bereichen vorhanden ist.

Letzte Chance für SPD-Aleinregierung

Fortsetzung von Seite 1

Die Landes-SPD verlor hingegen sogar in traditionellen Hochburgen. Eine Wahlkampfführung und ein Auftreten mit klaren politischen Aussagen verbunden mit persönlicher Engagement und Glaubwürdigkeit wie in Schwandorf hätten der SPD in Bayern den Sieg sichern können. Denn nur 38% der Wahlberechtigten haben CSU gewählt. Die zweitgrößte „Partei“ waren die Nichtwähler. Durch Gewinnung dieser Unentschlossenen hätte die SPD die CSU überflügeln können.

Denkzettel in Hamburg

In Hamburg, wo die SPD jahrzehntelang regiert und 1966 fast 60% erreichte, wurde jetzt die CDU stärkste Partei. (Dies ist ein ähnliches Debakel wie der Verlust der ehemaligen Hochburg Berlin unter der Führung des Parteirechts Hans Apel.) Die Hamburger SPD hat nicht klarmachen können, wo Unterschiede zwischen SPD- und CDU-Politik liegen. Da die SPD auch auf Bundesebene nicht erklärte, was die Ursachen für den begrenzten wirtschaftlichen Aufschwung in der BRD sind und wo seine Grenzen liegen, wurden Teile der SPD-Wählerschaft in Hamburg verunsichert. Sie sahen die wirtschaftliche Misere ihrer Stadt und hofften angesichts der Konzeptionslosigkeit der Hamburger SPD-Spitze durch die Wahl der CDU Anteil am bundesweiten „Aufschwung“ zu erhalten. Schwankende Wähler orientieren sich stark an der Wirtschaftslage. Die Partei, die einen Aufschwung zu sichern scheint, wird gewählt. Schon bei den Bundestagswahlen im März 1983 führte das Schweigen der SPD-Spitze zur Wirtschaftspolitik dazu, daß rückständigere Schichten der Arbeiterklasse auf die CDU-Propaganda hereinfielen. Unglücklicherweise ist das Kapital Wirtschaft und Lösung der Massenarbeitslosigkeit der Haupt-Schwachpunkt der Beschlüsse des Nürnberg-Paritätstages.

Auch in Hamburg das gleiche Erscheinungsbild wie in Bayern und Niedersachsen: niedrige Wahlbeteiligung (-6,1%) zu Lasten der SPD, überproportionale Verluste in SPD-Hochburgen, Abwanderungstendenzen der Jugend zu den Grünen (die GAL schaffte 10,4%), Knapp

45.000

40.000
35.000
30.000
25.000
20.000
15.000
10.000
5.000

Spendenkonto
VORAN
Pecha Essen
2500 59-430

Letzte Chance für SPD-Aleinregierung

60.000 Stammwähler der SPD bleiben direkt zu Hause. Die SPD verlor knapp zehn Prozent, die CDU gewann drei Prozent hinzu.

Verärgert über die unternehmerfreundliche „Standort“-Politik der Hamburger SPD wollten enttäuschte SPD-Wähler ihrer Partei einen Denkzettel verpassen, um sie darauf aufmerksam zu machen, daß sie eine entscheidende Politik zur Verteidigung ihrer Interessen von der Partei erwarten. In Wohngebieten der Neuen Heimat z.B. verlor die SPD 11,7%.

Doch das Hamburger Wahlergebnis ist kein „Ja“ der arbeitenden Bevölkerung zur Politik der CDU in Hamburg, die eine unternehmerfreundlichere Politik und drastische Sparprogramme fordert, sondern drückt Unzufriedenheit mit der Politik des rechten Flügels der SPD aus. Meinungsumfragen ergaben eine sehr geringe Einschätzung der Fähigkeiten der SPD, die wirtschaftliche Krise der Stadt zu lösen.

Auch die Unternehmenspresse traut sich nicht zu triumphierten: „Man muß es als ein Faktum akzeptieren, daß es in dem Stadtstaat Hamburg (...) eine Mehrheit für eine bürgerliche Partein gruppierung nicht gibt.“ (FAZ 11.11.86) Die CDU hat ihr Stimmenergebnis in absoluten Zahlen nur sehr geringfügig verbessern können (Netto-Zuwachs von nur 3500 Stimmen).

In Hamburg wird es wohl bis zur Bundestagswahl einen SPD-Ministerheisensatz geben. Dann muß die Parteiführung entscheiden, ob sie eine Große Koalition mit der CDU eingeht (dies will der rechte Flügel der SPD) oder ein rot-grünes Bündnis praktiziert (dies will ein Teil des linken Flügels). Die endgültige Entscheidung darüber wird vor allem von Diskussionsprozessen innerhalb der Partei, von der Stärke und Schlagkraft des linken Flügels abhängen.

Absolute Mehrheit immer noch möglich

Auch wenn die Zeit jetzt knapp ist: Die SPD-Führung auf Bundesebene muß sofort die Mobilisierung aller Arbeiter, Angestellten, kleinen Beamten und Jugendlichen für die SPD. Doch dazu ist ein offensiver Wahlkampf nötig, nicht demoralisierende Selbstzweifel der Parteispitze. Wenn die SPD-Spitze einfach

RICHTIGSTELLUNG

In der Ausgabe Nr. 86 haben wir zum Thema Neue Heimat geschrieben: „Auch führende CDU-Politiker (z.B. Lothar Späh, der lange Zeit in der Aufsichtsrat der regionalen Neuen Heimat) sind mitverantwortlich. Ihr Geschrei ist reine Heuschrecke.“

Der baden-württembergische Ministerpräsident Späh war jedoch nicht im Aufsichtsrat der NH, sondern Geschäftsführer der NH-Baden-Württemberg und außerdem Mitglied des Zentralvorstandes der „Neuen Heimat“ in Hamburg. 1974 setzte er sich von der Neuen Heimat ab, um seine Karriere als Politiker fortzusetzen.

Leo Schiffer, Köln
Jungsozialist



Jugend für Sozialismus



Rock gegen Rechts

Das Anti-WA-Ahmsinfestival in Burglengenfeld (nahe Wackerodorf) hat im Sommer eindrucksvoll bewiesen, daß sich nicht nur die überwältigende Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung gegen die geplante Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) in der Oberpfalz wendet, sondern auch die Elite der deutschen Rockmusik.

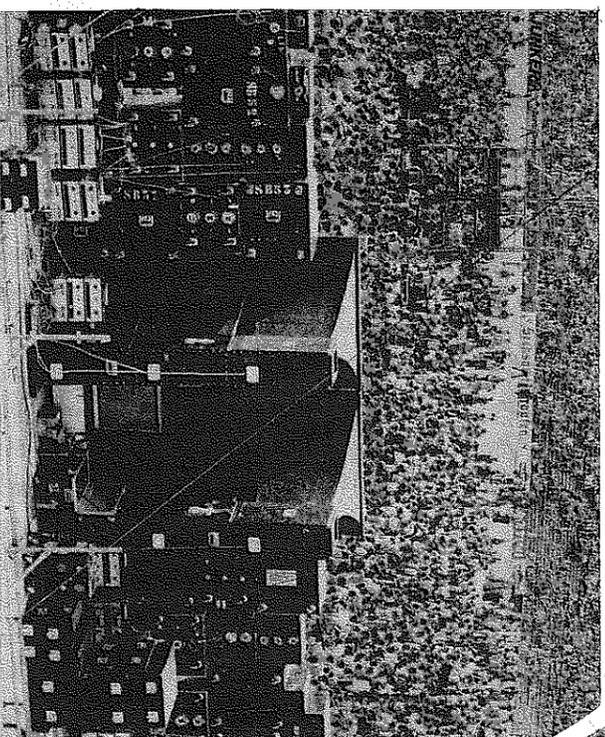
Die oft totgesagte deutsche Rockszene hat damit bestätigt, daß sie bereit ist, heiße Eisen anzufassen und etwas gegen politische Säueren tut. Nicht nur der schon seit Jahren politisch engagierte Altkocker Lindenberg wendet sich in seinen Texten gegen Sozialabbau, die Arbeitslosigkeit und die wahnsinnige Ausrüstung auf beiden Seiten des eisernen Vorhanges, sondern die meisten Musiker der bundesdeutschen Rockszene, sieht man einmal von „Klaus und Klaus“ mit ihrem einmalig intellektuellen Meisterwerk „An der Nordsee“ und den Schulzenintervenienten ab. Besonders hervorzuheben werben außer Lindenberg noch BAP, Herbert Grönemeyer, die Klaus Lage Band, Wolf Maahn und die Ina Deter Band.

Auch im kommerziellen Pop- und Rockgeschäft der internationalen Szene tummeln sich keineswegs nur strömmlerförmige Geldmacher, die sich beim Komponieren ihrer Texte überhaupt nichts denken. Eindrucksvolle Beispiele sind die ameri-

kanische Erfolgsgruppe Sting „The Russians love their children too. (Die Russen lieben ihre Kinder auch)“, oder Jackson Brown, der schon länger durch seine Anti-AKW und Anti-Contra-Texte auffällt (Contras sind von der USA unterstützte Konterrevolutionäre, die in Nicaragua die alten Verhältnisse wiederherstellen wollen). Auch Frankie goes to Hollywood mit „Two Tribes“ ist hierfür ein gutes Beispiel.

Diese Gruppen hätten nicht ihren Erfolg, wenn die Jugendlichen nicht ihre Texte und Inhalte unterstützen würden. Man kann die Texte als eine Art Gradmesser für die Stimmung der Jugendlichen heranziehen. Die Behauptung der konservativen Regierung, die Mehrheit der Jugendlichen würde Karriereverzicht und aufstiegsorientiert ihre Politik unterstützen, ist falsch. Ebenso falsch ist, wenn die Führer der SPD einen Rechtsruck unter der Jugend ausmachen wollen, um damit ihre schlechten Ergebnisse bei Umfragen zu erklären. Richtig ist, daß es gegen die von der Regierung geförderte konservative, langweilige Kulturberieselung zumindest in der Musikszene einen starken linken Gegenstrom gibt.

Boris Kanzleiter, Stuttgart
Jungsozialist



Start Alttag vergessen - für eigene Interessen kämpfen

Ehrenfeld, ein Arbeiterstadtteil in Köln, hat auch schon bessere Zeiten gesehen. Viele der Klein- und Mittelbetriebe, die das Bild bestimmen, sind jetzt nur noch Ruinen. Die Zahl der Arbeitslosen ist hoch, wobei die ausländischen Jugendlichen besonders betroffen sind.

In diesem Stadtteil ist die SPD die stärkste Kraft; 60 bis 70% der Stimmen kann sie bei Wahlen auf sich vereinen. Und das sieht man auch: viele verkehrsberuhigte Zonen, viele Kinderspielplätze. Für die Kleinen wird einiges getan, aber wenn sie älter geworden sind, sieht das alles anders aus.

Die Juso-AG in Ehrenfeld hat sich mit der Situation von Jugendlichen im Stadtteil beschäftigt, Fotos gemacht und mit den jungen Leuten gesprochen, auf der Straße, vor den Schulen, in Spielhallen. Überall wurden wir freundlich aufgenommen, die Angesprochenen waren froh, daß sich jemand mit ihrer Situation beschäftigt.

Wir mußten leider feststellen, daß keiner unserer Gesprächspartner jemals etwas von den Jungsozialisten erfahren hatte!



Mit zwei anderen Genossen hatte ich mich auf die Spielhallen konzentriert. Sie sind in den letzten Jahren wie Pilze aus dem Boden geschossen, und viele junge Leute verbringen dort einen Teil ihrer Freizeit. Die Hallen sind aufgeteilt wie ein Labyrinth, hinter jeder Ecke zwei bis vier Maschinen, davor, meist alleine, ein Spieler. So braucht man zum Pokern keinen Partner mehr, der einen ausblufft oder den man mit geschulter, eiskalter Mihe reinlegt, mit der Maschine hängt der Gewinn vom reinen Glück ab, bzw. von dem Programm des Apparats, der in bestimmten Abständen festgesetzte Prozente des eingeworfenen Geldes wieder ausspucken muß.

Man kann auch für ein paar Mark allerhand böse Mächte reizen, über die berühmtesten Rennstrecken der Welt rasen (ohne tödliches Risiko), auf alle Fälle aber den tristen Alltag vergessen, in dem man oft alles andere als ein Held ist, sich bestenfalls als ein kleines Rädchen im Getriebe fühlt, nichts zu sagen hat in der Lehre oder auf der Arbeit.

Und den Rennwagen wird man sich auch nie leisten können, selbst wenn man am Spielautomaten 1000 mal hintereinander die goldene Serie kriegt. Den Porsche kauft sich dann der Spielhallenbesitzer, der mit wenigen Unkosten große Gewinne einfährt.

Disco, Sport und Umweltschutz

Wir brauchen eine Disco im Stadtteil, damit man nicht so weit bis in die Innenstadt fahren muß, und billiger sollte sie sein. Denn wenn man auch in einigen Discos keinen Eintritt bezahlen muß, so sind doch die Getränke sehr teuer, fünf Mark für eine Cola sind keine Ausnahme.

Ein Bedürfnis bestand auch nach mehr Möglichkeiten, Sport zu betreiben. „Das Schwimmbad im Viertel ist uralt und viel zu klein und auf den Sportplatz dürfen nur die Schulan und die Vereine.“

Viele Sorgen bereiten die schlechten Wohnungen und die trotz allem hohen Mieten. „Start die alten Häuser abzureißen, sollten sie saniert werden. Wir brauchen keine Eigentumswohnungen, sondern niedrige und feste Mieten!“ Ein Problem tauchte immer wieder auf: der Umweltschutz. Hier wurde von SPD und Jusos gefordert, mehr zu tun, und die Verschwendung zu stoppen und die entstehenden Schäden schnellstens zu reparieren.

Jusos auf die Straße!

Diese Gespräche haben mir gezeigt: Die Jungsozialisten müssen viel mehr mit ihrem Programm auf die Straße gehen. Wenn wir für ein gutes, kostenloses Freizeitangebot der Kommunen, für die Entregnung der Mietwucherer und Spekulanten, für ein Programm „Arbeit und Umwelt“ kämpfen, dann können wir viele Jugendliche davon überzeugen, daß es gut und wichtig ist, bei uns mitzuarbeiten, im wirklichen Leben für die Durchsetzung ihrer Interessen zu kämpfen, und dann werden sie es nicht mehr nötig haben, ihren Alltag zu vergessen und sich mit Ersatz-Heidentum abzufinden.

Barbara Kirschaum, Köln
Jungsozialistin

Brief von Helmut Kohl an Boris Becker

Lieber Boris, zunächst möchte ich als Bundeskanzler Dir lieber Boris, und dies möchte ich einmal ganz offen zum Ausdruck bringen, herzlich zu Deinen jüngsten Erfolgen gratulieren. Im Vertrauen, und diese Frage ist mit ganz besonders wichtig, warum gelingen Deine Aufschläge besser als unser Aufschwung?

Nun möchte ich gleich, wie es so meine Art ist, ganz ohne Umschweife zur Sache als solche als gewissermaßen zum entscheidenden Satz, falls mit dieser etwas ironische Formulierung erlaubt sei, kommen.

Wie Du weißt, stehen demnächst Bundespräsidenten an, und, ehrlich gesagt, mache ich mir ein wenig Sorgen um das deutsche Volk, das unsere, um nicht zu sagen meine, Regierungserfolge nicht ganz so richtig einschätzen weiß. Oder wie es ein Kollege der FDP nach der Bayern-Wahl ganz trefflich formuliert: „Wir konnten dem Wähler unsere Erfolge nicht genügend vermitteln.“

Aber dies ist nicht das einzige Problem von uns Christdemokraten, und nicht zuletzt meiner Person, sondern, um es einmal ganz banal auszudrücken, ein finanzieller Engpass plagt uns, seit der Kollege Flick etwas unglücklich geworden ist, und wir nur noch auf unsere Däteln angewiesen sind. Ich wende mich an Dich, lieber Boris, da Du berufswegweise Deine Manieren ein außerordentliches Gespür für das Werden von Sponsoren bewiesen haben. Ich möchte nur an die Wandlung von Lehmert zum Wahl-Monégassen der Steiner wegen erinnern. Oder die Werberträge mit Puma, BASF, Deutschen Bank und anderen.

Sowas ist mir, und ich möchte keinen Hehl aus meiner Enttäuschung machen, nie abgehoen worden. Ich möchte Dich, was der Grund für meinen vertrauensvollen Brief ist, bitten, vielleicht an geeigneter Stelle als mein Fürsprecher anzutreten — vielleicht kannst mir ja was vernünftige, Vorstellbar, falls ich dies einmal anregen dürfte, wäre ein Stirnband von McDonalds im Bundesrat zu fragen. Oder ein T-Shirt mit der Aufschrift „El Law AKW“, um es einmal im bei der Jugend populären Englischen zu sagen, Oder vielleicht als Werbemacher für den weißen Riesens?

Darüberhinaus wäre ich Dir dankbar, wenn Du gemeinsam mit mir in Wahlkampfveranstaltungen aufzitreten könntest. Vielleicht so, wie Du es bei Franz Josef Strauß gemacht hast, mit dem mich eine herzliche, ja tiefe Männerfreundschaft verbindet, als Du ihm zu seinem 70. Geburtstag gratuliert hast. Er leidet aber, und ich spreche da mein Mitgefühl ganz ohne Zögern aus, unter dem Eindruck der tausenden Gräueltaten noch heute unter einem sogenannten Tennisman.

Wir beide, lieber Boris, das möchte ich einmal unumwunden bekunden, sind zwei große Deutsche, die sich ihrer Verantwortung als Vorbild für die Jugend, als einer, der es durch Fleiß und Leistung geschafft hat.

Und so möchte ich Dir verraten, daß es allemal besser ist, wenn die Menschen nach Boris Becker rufen, als nach Arbeit. Das Gerüde von der Lehrstellenknappheit entbehrt, doch jeder Grundlage. Sollen doch mehr Leute Tennisprofi werden. Ein Betrag bei dem, man weit herkommt und die Ausbildungsvergütung angemessen ist.

Mit freundlichem Gruß
Helmut Kohl
PS: Von Palmir ist mir doch noch ein Werbevertrag angeboten worden — für Feinprägchen.



Enteignet die Rheinvergifter!

Seveso, Bhopal, Tschernobyl, Basel. Immer häufiger erleben wir Umwelkatastrophen gigantischen Ausmaßes. Viele Menschen sind wütend auf die skrupellosen Konzerne und haben Angst vor noch schlimmeren Unglücksfällen. Gleichzeitig steht kaum jemand eine Möglichkeit, sich gegen die wachsende Zerstörung unserer Umwelt wirksam zu wehren. Tatsächlich kann nur die organisierte Kraft der Arbeiterbewegung der Zerstörung unserer Lebensgrundlage durch die kapitalistische Profitwirtschaft ein Ende bereiten.

Jedesmal wenn sich irgendwo eine Umwelkatastrophe ereignet ist die erste Reaktion der Verantwortlichen: die Bevölkerung anlitzen, abwiegel, vertuschen. Die Sandor-Bosse und der CDU-Umweltminister Wallmann betrieben das gleiche Spiel. Die hochgiftigen Chemikalien waren nachweislich illegal gelagert worden. Bis jetzt ist aber noch immer kein einziger der Sandor-Bosse verhaftet worden.

Auch in der BRD können ähnliche Katastrophen jeden Tag passieren. Die Chemieströme hat bereits auf das Unglück reagiert. Während sie großmütig freiwillige Selbstkontrollen anbot, kippte sie der Giftwelle noch eine Extraladung ihres eigenen Drecks hinterher.

Kein Umweltschutz im Kapitalismus

Im Kapitalismus kann es gar keinen Umweltschutz geben. Kapitalismus bedeutet Konkurrenzwirtschaft privater Produzenten im nationalen und internationalen Maßstab. Appelle an die Moral der Kapitalisten sind sinnlos. Ihre Moral heißt: Nichts ist wichtiger als der Profit — außer

noch mehr Profit. Jede Umweltschutzmaßnahme, z.B. der Einbau von Feuersicherungen, verringert den Profit des einzelnen Kapitalisten. Deshalb wehrt sich jeder von ihnen mit allen Mitteln gegen Umweltauflagen. Deshalb wird es in den kommenden Jahren, da der Konkurrenzkampf in der kommenden Wirtschaftskrise noch härter wird, wahrscheinlich noch mehr große Unfälle und Umwelkatastrophen geben.

Weil wir aber saubere Luft, reines Wasser und gesunde Böden zum Leben brauchen, können wir uns nicht länger der kapitalistischen Logik unterordnen. Leider versucht auch die SPD-Führung nur, durch Gespräche mit den Vertretern der Chemiekonzerne einzelne Verbesserungen zu erreichen. Sie müßte stattdessen mit den Vertretern der in der Chemieströme Beschäftigten, der Gewerkschaften und der Umweltschutzverbände reden und gemeinsam mit ihnen für die Durchsetzung der folgenden Forderungen kämpfen:

- alle für die Katastrophe Verantwortlichen müssen sofort zur Rechenschaft gezogen werden
- volle, unverzügliche Entschädigung aller Betroffenen
- Bezahlung sämtlicher Schäden durch den Sandor-Konzern
- Verbot hochgiftiger Stoffe und Ersatz durch umweltverträgliche Stoffe
- Einbau von Sicherheitsmaßnahmen nach dem neuesten Stand der Technik
- Verstaatlichung der Chemieströme unter demokratischer Arbeiterkontrolle.

Georg Kümmel, Aachen
Vorsitzender Jusos-AG Forst/
Driescherhof



Vor 20 Jahren, im Herbst 1966, brach die damalige Koalition aus CDU/CSU und FDP auseinander. Am 1. Dezember 1966 wurde die „Große Koalition“ aus CDU/CSU und SPD gebildet. Damit war die SPD erstmals seit Gründung der BRD an einer Bundesregierung beteiligt. Wie kam es dazu? Warum spielen führende SPD-Politiker immer wieder mit dem Gedanken an eine neue „Große Koalition“? Und was meinte Johannes Rau, als er am 3. Oktober 1986 im Bundestag die Kohlekrise der 60er Jahre ansprach: „Ich will verhindern, daß an der Ruhr noch einmal schwarze Fahnen wehen... Es gab einmal schwarze Fahnen an der Ruhr, und das war dann auch das Ende der Regierung Erhard...“?

Der westdeutsche Kapitalismus hatte seit Anfang der 50er Jahre hohe Wachstumsraten. Fast 10 Millionen Flüchtlinge und Einwanderer kamen bis Mitte der 60er Jahre in den Produktionsapparat aufgesogen werden, und schließlich wurde die Arbeitslosenrate unter die 1%-Marke gedrückt. Allmählich konnten auch die anfänglich miserablen Reallohne der bundesdeutschen Arbeiter gesteigert werden.

Dies und das Schreckgespenst eines angeblich „kommunistischen“ Systems direkt vor der Haustür gab der Kapitalistenklasse genug Selbstvertrauen und Hoffnung auf ein nie enden wollendes deutsches „Wirtschaftswunder“. Bis auf die erste Bundestagswahl von 1949, nach der der CDU-Führer Adenauer im Bundestag mit nur einer Stimme Mehrheit zum Bundeskanzler gewählt wurde, lag die CDU/CSU bei den Bundestagswahlen immer klar in Führung. 1957 hatte sie sogar die absolute Mehrheit erreicht.

1963 trat der bisherige Wirtschaftsminister Ludwig Erhard die Nachfolge Adenauers an. Erhard galt in der bürgerlichen Propaganda als der „Vater des Wirtschaftswunders“ und als „Wahllokomotive“ der CDU.

SPD - die „bessere CDU“

In der internationalen Arbeiterbewegung waren es damals nur wenige und zwangsläufiges Ende des Aufschwungs und neue, große kapitalistische Krisen vorzuziehen.

Die komplette SPD-Führung sagte sich in jenen Jahren vom bisher noch in Worten aufrechterhaltenen Ziel einer sozialistischen und klassenlosen Gesellschaft los und vollzog eine programmatistische Anpassung an die bürgerlichen Parteien.

Im Godesberger Programm von 1959 schloß die SPD ihren Frieden mit der kapitalistischen Marktwirtschaft. 1960 paßte sie sich an die West-Orientierung der BRD an und unterstützte die NATO. 1964 wählten die SPD-Vertreter in der Bundesversammlung den CDU-Kandidaten und Ex-Nazi Heinrich Lübke für eine zweite Amtszeit mit zum Bundespräsidenten. Willy Brandt, ab 1961 Kanzlerkandidat, führte personenbezogene Wahlkämpfe im amerikanischen Stil eines J.F. Kennedy (ähnlich wie heute Johannes Rau), und damals machte das Wort von der SPD als der „besten CDU“, die es jemals gab“ die Runde. Wirtschaftsprofessor und Ex-Nazi Karl Schiller war maßgeblich an der Formulierung der neuen SPD-Wirtschaftspolitik beteiligt. Und führende Vertreter der Partei wie Willy Brandt und Georg Leber erklärten ab 1965 ihre volle Unterstützung für die immer stärkere Ver-

strickung der USA im Vietnamkrieg, der sich zu einem Völkermord entwickelte.

Kohlekrise ab 1958

Daß das „Wirtschaftswunder“ hauptsächlich in den Taschen der Unternehmer zum Ausdruck kam und ohnehin begrenzt war, bekam schon ab 1958 das Ruhrgebiet zu spüren. Aufgrund verstärkter billiger Kohleimporte aus den USA und einer Politik, die das Vordringen des Mineralöls auf dem Energiemarkt förderte, kam es in dem damals technologisch überalterten Ruhrbergbau zu einem Anwachsen der Halben unverkaufter Kohle und Feierschichten für die Bergleute. Mit Hilfe staatlicher Stillelegungsprämien begann damals schon das große Zechensterben. Von 1957 bis 1969 verringerte sich die Zahl der Arbeitsplätze im Ruhrbergbau von 495.847 auf 118.815. Als die Auswirkungen der zweiten Kohlekrise ab 1964 dann in den Wirtschaftsschlagung von 1966 einmündeten, kam es im Ruhrgebiet zu Unruhe unter den betroffenen Arbeitern, die sich leicht in einer Explosions- und größeren Bewegung hätte entladen können.

„Wenn es an der Ruhr brennt...“

1965 hatte noch im Zeichen starken Wirtschaftswachstums und extrem niedriger Arbeitslosigkeit gestanden. In diesem Jahr konnte die CDU/CSU bei den Bundestagswahlen mit 47,6% die SPD unerwartet klar schlagen, die auf nur 39,3% der Stimmen kam. Zusammen mit den 9,5% für die FDP konnte die bürgerliche Koalition somit eine sarte Mehrheit verbuchen.

Doch die Genugtuung über den Wahlsieg hält nicht lange an. Die bis nach der Wahl verschobenen Pläne für Zechenschließungen an der Ruhr werden nun aus dem Sack geholt. Dies wiederum fördert die Kampfbereitschaft in den Zechen. Im Frühsommer des Jahres 1966 sprechen sich 96,4% in der Urabstimmung für einen Streik zur Durchsetzung von Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzung aus.

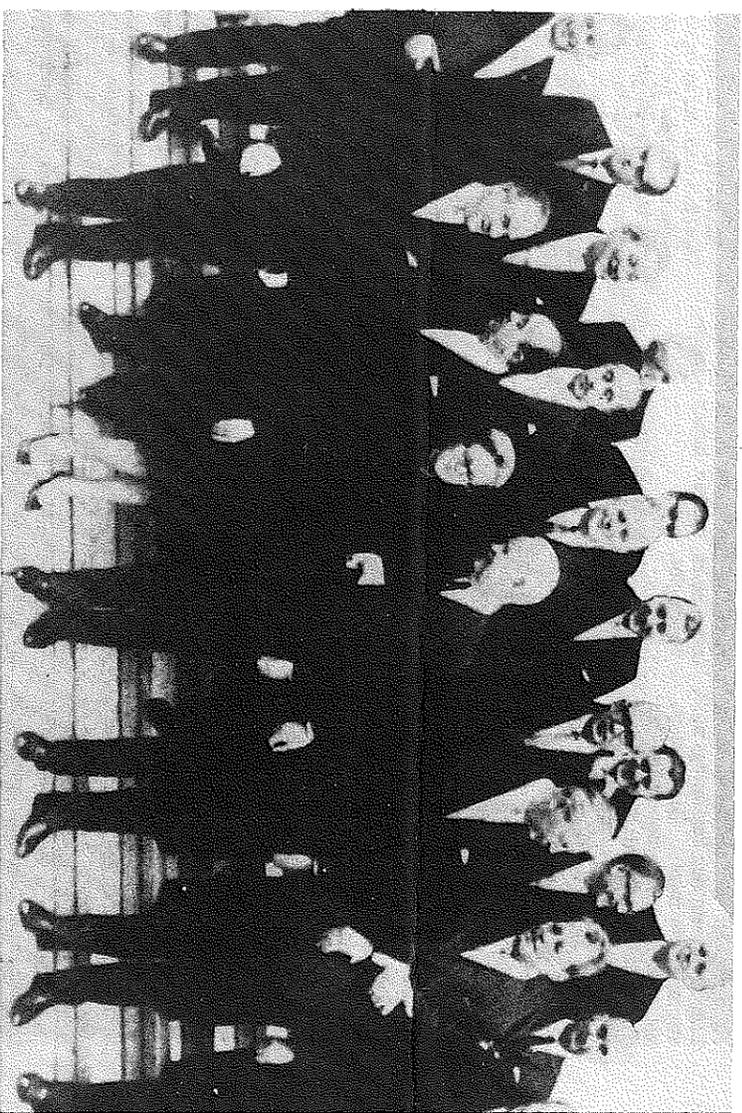
Der damalige Chef der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rainer Barzel, meinte darauf: „Wenn es an der Ruhr brennt, gibt es im Rhein bei Bonn nicht genug Wasser, das Feuer zu löschen.“ (Der Spiegel, Nr. 24/66).

Bei den NRW-Landtagswahlen am 10. Juli 1966 stand für die bürgerliche Koalition im Bund wie in diesem Bundesland viel auf dem Spiel. Ein Streik der Bergarbeiter an der Ruhr, so mußte die CDU befürchten, könnte die heiße Wahlkampfphase zusätzlich politisie-

Arbeiter im Ruhrgebiet protestieren gegen die Regierung Erhard:
„Er hat die Schuld“
Auch CDU/CSU-Fraktionschef Rainer Barzel hatte Angst
„Wenn es an der Ruhr brennt, gibt es im Rhein bei Bonn nicht genug Wasser, das Feuer zu löschen.“

BRD 1966: Chance für SPD-Alleinregierung

GROSSE KOALITION GEGEN DIE ARBEITER



weitere Schichten der Arbeiterklasse mobilisieren und der CDU eine vernünftige Niederlage bereiten.

Zustrom zur SPD

So bezieht sich der damalige CDU-Ministerpräsident von NRW, Meyers, als Vermittler den für den 23. Juni angesetzten Streik buchstäblich in letzter Minute, nämlich am Vorabend des 23.6., durch hastig herbeigeführte Einigung aussetzen zu lassen. Dies führte einerseits zu großer Unzufriedenheit unter den Bergarbeitern, es konnte gleichzeitig jedoch nichts mehr an dem Trend ändern, der bei der Landtagswahl offenkundig wurde.

Die Wahl in Nordrhein-Westfalen	42,8%
SPD:	49,5%
FDP:	7,4%

Die SPD verfehle nur ganz knapp die absolute Mehrheit, sie gewann 6,2% hinzu und erreichte damit ihr bislang bestes NRW-Ergebnis. Besonders stark war der SPD-Zuwachs im Ruhrgebiet, und hier besonders in den vom Bergbau geprägten Stadtteilen. Für die CDU war dies die erste große politische Niederlage seit Gründung der BRD, für die SPD hingegen der erste große Durchbruch in der Nachkriegspolitik. Die Arbeiter hatten gezeigt, daß sie eine andere Regierung wollten, und für die SPD bot sich die Chance, auf Bundesebene eine Kampagne für

Neuwahlen zu starten und eine absolute Mehrheit zu erkämpfen.

In NRW wurde zwar noch einmal mit der hauchdünnen Mehrheit von einer Stimme die CDU/FDP-Koalition weitergeführt, aber in der CDU/CSU brodelte es. Angesichts verschlechterter Wirtschaftsprognosen und weiterer bevorstehender Landtagswahlen sprachen sich immer mehr CDU-Politiker dafür aus, ihren Kanzler und Parteichef Erhard zu feuern. (Im Frühsommer 1985 genügen die CDU-Niederlagen im Saarland und in NRW, um eine ähnliche „Diskussion“ in der CDU über Kohls Nachfolger zu entfachen.) Hinzu kamen 1966 noch Auseinandersetzungen zwischen CDU/CSU und FDP über die Wirtschaftspolitik; denn erstmals seit Gründung der BRD zeichnete sich ein Haushaltsdefizit von mehreren Milliarden DM ab.

Bayernwahl

Am 6. November konnte die SPD in der Hessischen Landtagswahl mit 51% ein Ergebnis erringen, das sie in den 20 Jahren seither nie wieder erreicht hat! (Genauso hervorstechend war der Wahlsieg der SPD in NRW 1985; über 52%!) Die CDU blieb mit ganzen 26,4% weit abgeschlagen! Selbst in Bayern, wo zwei Wochen später ein neuer Landtag gewählt wurde, blieb die CSU mit 48,2% klar unter der absoluten Stimmenmehrheit und konnte die SPD mit 35,8% verhältnismäßig

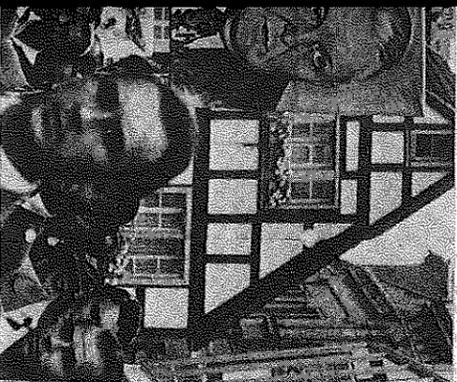
gut abschneiden. Der Abstanz schon CSU und SPD war 1912,4% der geringste in der Nachzeit; im Oktober 1986 war er mit am größten!

Wirtschaftskrise

Die FDP hatte bereits Ende Oktober ihren Bundesminister aus der Regierung zurückgezogen. Damit war die bürgerliche Koalition nur ein starkes Jahr ihrem glänzenden Wahlsieg ausgerechnet. Mit dem sich nähernden Winter kamen Kurzarbeit und Entlassungen in zahlreichen Industrien. Die Automobilmengen produzierte auf Hälfte und Kurzarbeit an. Im Winter soll Arbeitslosigkeit auf 673.600 Menschen ansteigen (Stichtag: 1. März). Die Investitionen kamen ins Stottern. Der Auftragsgang sackte jäh ab. Eine sozialistisch orientierte, präferische SPD-Führung hätte in dieser Situation die besten Chancen gesehen. Die große Masse der Arbeiter, Angestellten wie auch kleine Selbständige und Bauern gegen die Konzerne und Banken zu mobilisieren, das Ende der bürgerlichen Herrschaft einzuleiten.

„Jetzt passiert etwas“

Einen Eindruck von der Stimmung im Ruhrgebiet in jenen Tagen v-



Arbeiter zu Zurückhaltung bei Lohnforderungen. So kam im Februar 1967 erstmals auf Initiative des neuen Wirtschaftsministers Karl Schiller die „konzentrierte Aktion“ (Vertreter der Gewerkschaften, Unternehmerverbände, Bundesbank und Regierung) zusammen, deren wichtigstes Ziel die Setzung von Lohnleitlinien (sogenannte „Orientierungsdaten“) war.

Die Enttäuschung über eine SPD-Führung, die die CDU/CSU und den bürgerlichen Staat aus der Patsche geholt hatte, schlug sich alsbald in großen Stimmeverlusten bei den Landtagswahlen 1966/67 nieder. Bis auf Schleswig-Holstein, wo der SPD-Landesverband die Große Koalition kritisiert hatte, kam es in fünf Bundesländern zu teilweise heftigen Rückschlägen für die SPD. Hier die SPD-Ergebnisse im Vergleich zu denen der vorigen Landtagswahlen (in Klammern):

Bremen	46,0% (54,6%)
Baden-Württ.:	29,0% (37,3%)
Berlin	56,9% (61,9%)
Rheinland-Pfalz	36,8% (40,7%)
Niedersachsen	43,1% (44,9%)

Am 7. März 1967 demonstrierten in Dortmund 30.000 Bauern gegen die Bonner Wirtschaftspolitik. Und weil die drei „etablierten“ Bonner Parteien ohnehin alle „unter einer Decke“ zu stecken und für den „kleinen Mann“ nichts mehr übrig zu haben schienen, konnte mit Hilfe von Protestwählern hauptsächlich aus der Bauernschaft wie auch von einigen politischen vertrotten Arbeitern die erst 1964 neugegründete NPD bei den Landtagswahlen der Jahre 1966-68 spektakuläre Erfolge verbuchen:

Hessen	7,9%
Bayern	7,4%
Rheinland-Pfalz	6,9%
Schleswig-Holstein	5,9%
Niedersachsen	7,0%
Bremen	8,9%
Baden-Württemberg	9,8%

Enttäuschung über die SPD

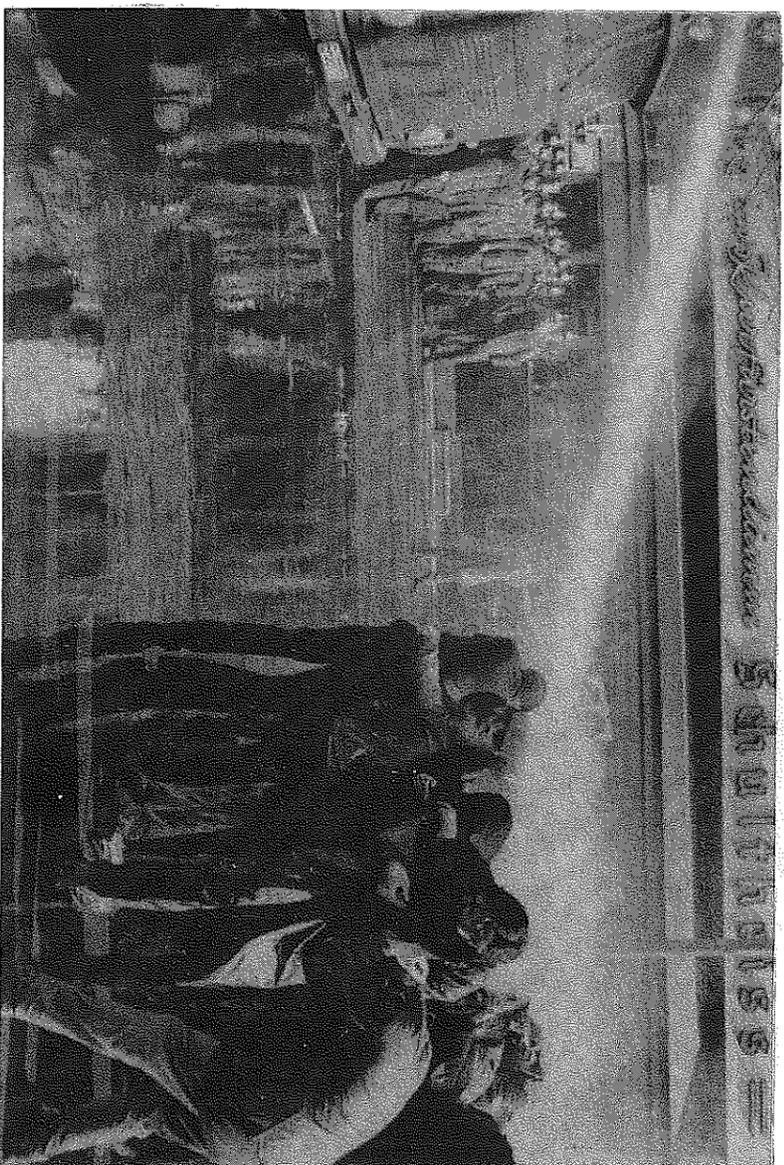
Das Zechensterben an der Ruhr ging 1967 auch unter sozialdemokratischen Vorzeichen zunächst weiter. Am 23. Mai beteiligten sich 35.000 Arbeiter aus Oberhausen und Umgebung an einer Kundgebung gegen die geplante Schließung der Zeche „Concordia“. Die Transparente ließen an der Stimmung der betroffenen Arbeiter keinen Zweifel: „Schluß mit dem Mißbrauch wirtschaftlicher Macht — Was des Volkes Hände schaffen, muß des Volkes eigen sein“ — „Das ist die Lösung: Überführung des Bergbaus in Gemeineigentum“.

Der damalige stellvertretende Vorsitzende der IG Bergbau und Energie und spätere DGB-Bundesvorsitzende, Heinz-Oskar Vetter, warnte den SPD-Ministerpräsidenten:

„Kühn muß sich darüber im klaren sein, daß der Fall Concordia einschneidend wird, ob an der Ruhr die Dämme halten oder nicht.“ (Die andere Zeitung, 1.6.67)

Doch Kühn und Schiller blieben dabei, daß weitere Zechenschließungen „unumgänglich“ wären. Die Wit im Ruhrgebiet steigerte sich.

Am 21.10.1967 protestierten in Dortmund-Huckarde 15.000 Arbeiter gegen anhaltende Zechenschließungen im Dortmunder Raum. „Privatwirt-



Studentenproteste während der APO-Zeit 1968 in Berlin. Viele von ihnen traten später den „Marsch durch die Institutionen“ an; die Jungsozialisten machen 1969 eine Linkswende durch.

schaft zu Ende — Bergbau sozialisiereni!“ - Für Willy Brandt ist der Kumpel nur vor der Wahl interessant!“ — Kühn und Schiller - Zechenkiller“ — „Aktionäre an die Wand, Bergbau muß in Volk's Hand“, so und ähnlich lauteten diesmal die Parolen.

Eine Korrespondentin der „Zeit“ berichtet am 3.11.1967: „Die Protestdemonstration der 15.000 Bergarbeiter auf dem alten Marktplatz in Dortmund-Huckarde hatte ihr Welten geschlagen... Es war nicht das gewohnte Bild schwarzer Fahnen - rote Fahnen beherrschten die Szene in Huckarde.“



„Schmidt-Schnauze“, SPD-Fraktionsvorsitzender zur Zeit der Großen Koalition

„Eh der Kumpel verreckt, muß die Regierung wegi!“ tönte das revoluzzerische Stakato der Sprechchöre. Und als die „Internationale“ angstimmt wurde, mußte Gewerkschaftsboß Walter Arendt, der Vollblut-Tribun des Reviers, schon alle Register ziehen, um das Heft in der Hand zu behalten.

Nun mußten die führenden SPD-Vertreter in Bonn und Düsseldorf handeln, um die „Dämme zu halten“.

„Aus internen demokratischen Umfragen erfuhr die Sozialdemokraten in Bonn und Düsseldorf, daß

ein großer Teil ihres Revieranhangs wäre heute Wahl - zu DFU und NPD abwandern würde“, berichtete der Spiegel am 30.10.67: „In dieser Lage gab es für Schiller nur einen Weg: sich wendig an die Spitze der verbotterten Gruben-Arbeiter zu stellen... Vor Fernsehcameras und Rundfunkmikrofonen ging Schiller mit dem Geisenberg-Vorstand (Geisenkirchener Bergbau-AG - Red.) hart ins Gericht: „Man hat uns diese beiden Stilllegungen einfach vor den Koffler geknallt. Bildreich belehrte der Ökonome-Professor die Geisenberg-Manager: „Es war politisch-psychologisch in dieser Lage ein Riesenteiler, das Streichholz brennend in den Heuhaufen der Ruhr zu werfen!...“

So wurde schließlich das Zechensterben an der Ruhr zeitlich etwas gestreckt und 1968 auf privatkapitalistischer Basis der neue Kohlekonzern „Ruhrkohle AG“ (RAG) gegründet. Mit Hilfe einer staatlichen Bürgschaft in Höhe von 2,1 Milliarden DM konnten die alten Zecheneigentümer ihren Besitz in die neue RAG einfließen lassen und noch nebenbei einen großen Teil ihrer langfristigen Schulden loswerden. Die soziale Explosion an der Ruhr konnte erst einmal verhindert werden.

Doch die Jahre 1967 und 1968 waren auch gekennzeichnet von einer starken außerparlamentarischen Protestbewegung (APO). Die Solidaritätswelle für die vietnamesische Revolution erfaßt nicht nur zahlreiche Studenten, sondern auch viele Jugendliche und politisch aufgeschlossene Arbeiter.

Am 30. Mai 1968 verabschiedet der Bundestag gegen 53 SPD- und 47 FDP-Mitglieder die Notstandsgesetze. Kernpunkte dieser Grundgesetz-Änderung sind die Möglichkeit des Einsatzes der Bundeswehr zur „Abwehr innerer Notstände“ sowie zur Aufhebung des Post- und Fernmeldegeheimnisses.

In der SPD entwickelte sich erstmals seit längerer Zeit wieder eine breite innerparteiliche Opposition.

Auf dem Nürnberg-Bundesparteitag gibt es bei 173 Ja-Stimmen immerhin 129 Delegierte, die einen Antrag des Parteivorstandes auf ausdrückliche Billigung des Eintritts in die Große Koalition ablehnten.

Im Gegensatz zu den 70er und 80er Jahren war die damalige Wirtschaftslage nur auf die BRD begrenzt. In westlichen Nachbarländern gab es eine gute Konjunktur, und so konnten bis 1968/69 vor allem auch durch verstärkte Exporte die Auswirkungen der Krise ziemlich schnell überwunden werden. Es war auch möglich, ehemalige Bergarbeiter in der damals noch wachsenden Stahlindustrie, in der Metall- und Automobilindustrie sowie in anderen Branchen wieder unterzubringen. Bis 1970 konnte die Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet wie auch bundesweit wieder auf durchschnittlich 0,7% gesenkt werden.

Bevorstehende Kämpfe

Die Anzeichen des sich stabilisierenden Aufschwungs stärkten das Vertrauen der Arbeiter nach einem Ausgleich für erlittene Reallohnverluste und ihrem Stück vom Kuchen des Aufschwungs. So kam es im September 1969 zu einer mächtigen inoffiziellen Streikbewegung. Die bundesweite Welle mit über 500.000 verlorene Arbeitstagen ging am offiziellen Gewerkschaftsapparat vorbei, war oft auch mit vorübergehenden Betriebsbesetzungen verbunden und endete — da kurz vor der Bundestagswahl — meistens mit raschen Zugeständnissen der Unternehmer.

Die Erfahrung vor zwanzig Jahren zeigt, wie kurzlebig und vergänglich bürgerliche Wahlstiege sein können, wenn die Arbeiterklasse ihre elementaren Lebensinteressen bedroht sieht und anfängt, selbst für ihre Belange aktiv zu werden. Selbst in den 60er Jahren, und noch mehr seither, gab es eine Reihe von Ansätzen für eine größere gewerkschaftliche, betriebliche und politische Offensive der Arbeiterbewegung. Daß diese Ansätze abgebrochen oder zumindest nicht voll ausgenutzt wurden, liegt nicht an den betroffenen Arbeitern, sondern geht voll auf das Konto einer sozialpartnerschaftlich orientierten Führung.

Wir stehen heute am Vorabend eines neuen und noch größeren internationalen Wirtschaftsausschwungs, der in ein bis zwei Jahren die BRD und Westeuropa erfassen wird. Die heutige, vor allem jüngere Generation in der Arbeiterbewegung wird Kämpfe zur Verteidigung von Arbeitsplätzen und Lebensstandard aufnehmen müssen, die alle bisher dagewesenen in den Schatten stellen werden. Mit einer marxistischen Führung, die die Lehren der vergangenen Kämpfe und Niederlagen verarbeitet hat und Schlüsselforderungen daraus gezogen hat, wird die deutsche und europäische Arbeiterbewegung unschlagbar sein.

Hans-Gerd Öfinger, Essen
Jungsozialist

FRONT

Das Kabinett der Großen Koalition (von links nach rechts)

Andere Reihe:
Lerche (CDU), Inneres
Heichel (CSU), Ernährung
Strobel (SPD), Gesundheit
(Heinrich Lübke)
Kiesinger (CDU), Bundeskanzler
Brandt (SPD), Außenminister
Schäfer (SPD), Arbeit
Leber (SPD), Verkehr

Mittlere Reihe:
Heck (CDU), Familie
C. Schmid (SPD), Bundesrat
Dollinger (CSU), Post
Schmäcker (CDU), Schatzminister
von Hassel (CDU), Verrechnung
Schiller (SPD), Wirtschaft
Kaiser (CDU), Arbeit
Schäfer (CDU), Verteidigung

Hintere Reihe:
Wehner (SPD), Gesamtdeutsch
Heinemann (SPD), Justiz
Wischewski (SPD),
Entwicklungshilfe

Lauritzen (SPD), Wohnungsbau
Strauß (CSU), Finanzminister
Stoltenberg (CDU), Forschung

tet in dem Buch „Arbeiterlieder aus dem Ruhrgebiet“ der WAZ-Lokalredakteur Thomas Rother:

„Bei den Demonstrationen gegen die Zechenstilllegungen kam es einige Male zu wüsten Szenen. Manchmal hatte man den Eindruck, man sitzi auf einem Pulverfaß. Es gab Berichterstatter, die sagten, die hätten Angst gehabt, die Leute reißen die Straße auf und schmeißen mit den großen Plastersteinen. Ich hatte jedenfalls den Eindruck, daß die Gewerkschaftsfunktionäre damals ihre Aufgabe darin gesehen haben, die Bergleute nicht über ihre Situation aufzuklären, sondern sie zu beruhigen... Die Leute hatten damals monatelang kein Lächeln mehr auf den Lippen, und man hatte den Eindruck, jetzt passiert etwas.“

Was Passierte, waren Regierungswechsel in Düsseldorf und Bonn. In NRW wurde eine neue Regierung aus SPD und FDP unter Heinz Kühn gebildet, während sich in Bonn Herbert Wehners langjähriger Traum erfüllte. Die führenden SPD-Genossen hatten sogar nichts dagegen einzuwenden, daß der frühere Nazi-Funktionär Kiesinger neuer Bundeskanzler und der nach der Spiegel-Affäre 1962 zum Rücktritt gezwungene Franz Josef Strauß neuer Finanzminister wurde.

Was dem Dicken mit der Zigarre nicht gelungen war, dazu wurden jetzt die sozialdemokratischen Minister gebraucht: die Unterträger Minister Steiger-Schenke und Zugeständnisse zum Investieren bewegen, und die

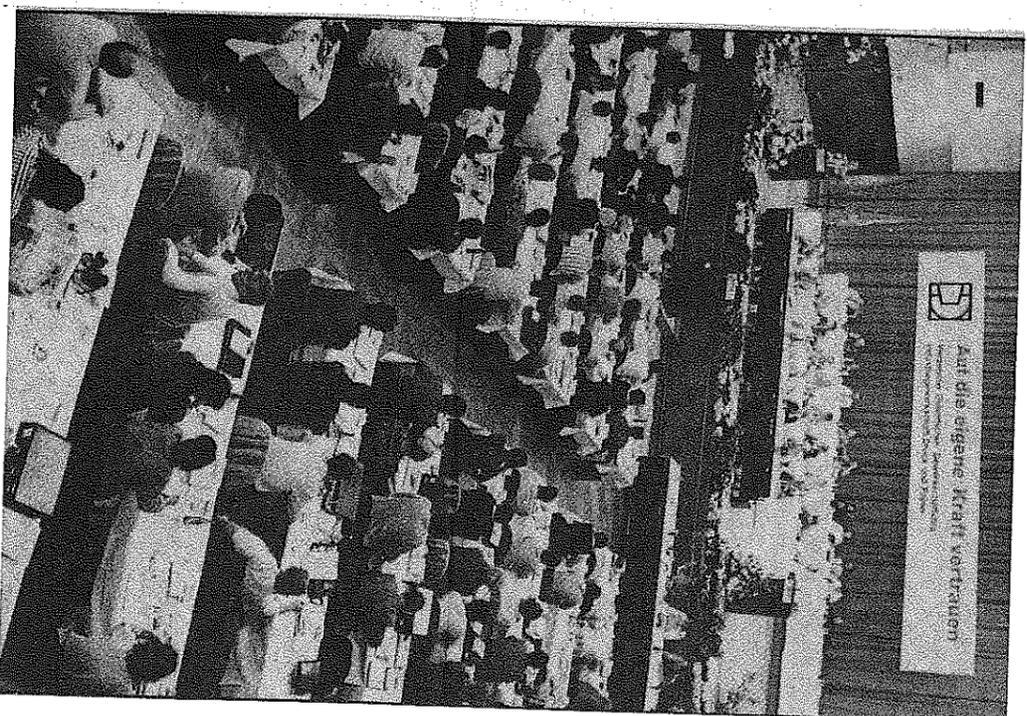


Parteitag der SPD in Nürnberg 1968: auch hier schlug sich die gesellschaftliche Umruhe und der Widerstand gegen die Große Koalition nieder. Der junge Delegierte Oskar Lafontaine erklärte den Parteilobenden, warum die Jugend besonders hart mit der SPD ins Gericht ging: weil sie in die SPD die meisten Hoffnungen gesetzt hatte und umso enttäuschter war.

Gewerkschaftskongresse

Verstärkte Kämpfe stehen bevor

Die Gewerkschaften stellen sich auf größere tarifpolitische Auseinandersetzungen im nächsten Frühjahr ein. Die Weichen dafür wurden auf den Gewerkschaftskongressen der letzten Wochen und Monate gestellt. Egal wie die Bundestagswahlen im Januar enden: Wie die kämpferischen Töne u.a. auf den Gewerkschaftstagen der IG Metall, Druck und Papier, Textil-Bekleidung, GEW zeigen, werden sich die Klassenkämpfe in Zukunft verschärfen. Schon die Auseinandersetzungen um den §116 machten deutlich, daß das Kapital unter dem Eindruck bald wieder zunehmender wirtschaftlicher Probleme Einschänkungen gewerkschaftlicher Rechte plant.



Kongress der IG Druck: vielbeachtete Beschlüsse zur Arbeitszeitverkürzung und Kampfstrategie

VORAN-Interview mit Wolf-MacGregor, Leiter des gewerkschaftlichen Vertrauenskörpers bei Girardet in Essen, Mitglied des Betriebsrats und der Tarifkommission und Delegierter beim 14. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier.

Was sollen die praktischen Konsequenzen für den nächsten Arbeitskampf sein?

Wir haben in den letzten Wochen von den gewerkschaftlichen Vertrauenskörpern aus in allen Schwerpunktbetrieben Aktionsausschüsse gegründet. Dazu gehören außer den Großbetrieben auch kampfstärke kleine Betriebe, die im letzten Streik entscheidend zum Erfolg beigetragen haben.

Außerdem halte ich noch vier Punkte für wichtig:

1. Die Urabstimmung sollte am besten außerhalb des Betriebes stattfinden, und danach sollten gleich Kampfmaßnahmen beginnen.
2. Arbeiter und Angestellte sollten zusammen kämpfen. Es gibt ja viele Arbeiter mit Angestelltenstatus.
3. Auch die Familien und Lebenspartner der Streikenden müssen in Aktivitäten einbezogen werden.
4. Die 35-Stunden-Woche muß diesmal festgeschrieben werden. Danach muß sofort die Kampagne für die 30-Stunden-Woche beginnen, denn sonst kommen wir mit den modernen Technologien nicht mehr zurecht.

Wir sind gegen eine Flexibilisierung der Arbeitszeit. Es ist für die Gesundheit, das gesellschaftliche Leben und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Neueinstellungen am besten, wenn wir alle jeden Tag eine Stunde früher nach Hause gehen können.

Wie kam es zur Diskussion über das Kampfmittel Betriebsbesetzung?

Diese Diskussion läuft ja nicht nur in der IG Druck und Papier. Aber wir haben mehr bundesweite Arbeitskampfberatung, als andere, und vor allem hatten wir durch Streikbrecher-Einsätze mehr zu leiden als etwa die Metaller. Bei der hochmodernen Technologie können unter Umständen sogar Vorgesetzte die Produktion vorübergehend aufrechterhalten. Darum ist für uns die Konsequenz, daß wir beim Arbeitskampf an den Maschinen bleiben, um Streikbruch zu verhindern.

Was würde ein CDU-Wahlsieg nach Deiner Meinung bedeuten?

Die Regierung hat schon den Paragraph 116 über die Bühne gebracht. Es hat Massenprotest gegeben, aber leider hat der DGB viel zu lässch darauf reagiert. Wenn es um die Grundprinzipien der Gewerkschaften geht, dann müssen auch knallharte Sachen wie ein politischer Streik lauten. Viele Kollegen sind aber auch über die SPD enttäuscht. Die SPD ist gegenwärtig unfähig, den CDU-Schweinebraten etwas Klares entgegenzusetzen.

Der 15. IG Metall-Kongreß im Oktober war gekennzeichnet durch ein hohes politisches Niveau der eingereichten Anträge. Der Kampf gegen Verschlechterungen durch Gesetzes der jetzigen Regierung zog sich wie ein roter Faden durch die Anträge. Neben tarifpolitischen Forderungen wurde zu fast allen gesellschaftlich wichtigen Bereichen Stellung bezogen. Ebenso wie beim Kongreß der IG Druck und Papier war auch hier die Diskussionen um Betriebsbesetzungen als Abwehrmittel gegen Aussparungen besonders ausdruckreich.

Ein Ergänzungsantrag, der ursprünglich als „erledigt“ unter den Teppich gekehrt werden sollte, wurde einstimmig angenommen, in dem es heißt: bei kalter Aussparung können Aktivitäten wie dem Anbieten der Arbeitskraft bis zum längeren Aufenthalt im Betrieb eine verstärkte Bedeutung“ zu. Und immerhin etwa ein Drittel der Delegierten unterstützen das (mehrheitlich abgelehnte) Kampfmittel des „Verbleibs am Arbeitsplatz“.

Dies ist eine deutliche Öffnung hin zur Diskussion auch von Betriebsbesetzungen, die z.B. der IG Metall-Beirat (höchstes Gremium zwischen den Gewerkschaftstagen) noch vor nicht allzu langer Zeit kategorisch ablehnte. Noch bei der

Am 4. Oktober haben in Köln rund 20.000 Postler und Fernmelder gegen die Privatisierungspläne der Kohl-Regierung demonstriert. Unter dem Motto „Sicherheit die Post — Rettet das Fernmeldewesen!“ ist diese Veranstaltung, die bisher größte in der Geschichte der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) gewesen. Dies widerspiegelt, daß nun auch die öffentlichen Dienstleistungsunternehmen nicht mehr „sicher“ sind.

Internationale Multis blasen zum Angriff auf die Privatisierung der staatlichen Post- und Fernmeldedienste.

Regierung und Wirtschaft wollen mehr Wettbewerb und meinen dabei Privatisierung.

Bei der Bundespost sollen nun die Bereiche dem freien Markt zur Verfügung stehen, die Profite einbringen. Dies drückte Wirtschaftsminister Bangemann im März 1986 so aus:

„Den privaten Unternehmen muß mehr Spielraum gegeben werden. Unausgeschöpfte Möglichkeiten gibt es im Bereich des Fernmeldewesens. Um eine flächendeckende Versorgung zu leisten, muß der Betrieb der Fernmeldenetze auch künftig staatliche Aufgabe bleiben“, d.h. die profitbringenden Teile der Bundespost sollen privatisiert werden und der „Rest“ bleibt staatlich. Die Folge wäre, daß die Bundespost nicht mehr kostendeckend arbeiten kann und somit müssen dann wieder mal die Steuerzahler ran aber auch die Gebührenzahler von Telefon, Kabelfernsehen usw.“

Rosinen-Picken

Mit allen Mitteln wird versucht, die Bürger davon zu „überzeugen“, daß für ihn eine Privatisierung der Bundespost das Beste sei. Soziale Aspekte, wie gleicher Zugang für alle zu den öffentlichen Dienstleistungsunternehmen, fallen dabei ganz unter den Tisch.

Welche Auswirkungen eine Privatisierung für Kunden und Beschäftigte haben werden, zeigen uns Beispiele in den USA und Großbritannien.

In Großbritannien verkaufte die britische Regierung 50,2% der Kapitalanteile auf dem freien Markt, d.h. das britische Fernmeldewesen nahm wurde im November 1984 privatisiert. Der Verkauf der Aktien

Welle von Betriebsbesetzungen der Jahre 1982/83 (u.a. HDW in Hamburg, Heckel in Saarbrücken, Mönninghoff in Hartigen) standen die wäter Unterstützung durch die IG Metall ziemlich allein da.

Darüberhinaus wurden Anträge versendet, die die Überführung von Schlüsselindustrien und marktbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum beinhalten. Das stahlpolitische Programm der IGM einschließlich der „Vergesellschaftung der deutschen Stahlindustrie“ wurde ~~beachtet~~.

Betriebsbesetzung

Beim Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier (siehe auch Interview im Kasten) waren sich die Kollegen darüber im Klaren, daß zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche 1987 ein größerer Streik unumgänglich ist. „Femzlei“ der Gewerkschaft ist darüberhinaus die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Anders als etwa Franz Steinkühler oder Peter Glotz lehnt die DnPA eine „Flexibilisierung“ der Arbeitszeit ab.

Der bei vielen Kollegen im ganzen Land wie auch in der bürgerlichen Presse vielbeachtete Beschluß fordert die DGB-Gewerkschaften zur Entwicklung einer umfassenden Gegenwehr gegen die Aussparung auf und betont das „Verbleiben ausgesperrter Kollegen im Betrieb“ als eine wesentliche Maßnahme zur Gegenwehr.

Bemerkenswert war beim Gewerkschaftstag das hohe Niveau vieler Diskussionsbeiträge und das Selbstbewußtsein der Delegierten

auch gegenüber dem eigenen stand und der gegenwärtigen „gliblen“ SPD-Führung.

Trotz nunmehr zehn Jahre an

tender Massenarbeitslosigkeit

die Gewerkschaften nicht

schwächt. Weder Massenverlust

Mitgliedern noch tiefe Demoral

rung sind festzustellen. Mit

Kampf um die 35-Stunden-Wo

dem sich mittlerweile auch so

Einzelgewerkschaften angesch

sen haben, die 1984 noch auf Vo

bestand setzen, führen sie ei

Offensivkampf und sind damit V

retter in Europa. Besonders die

Metall konnte bei den Vertrau

lenwahlen 1985 ihr Netz an V

trantenleuten ausbauen; auch

verstärkter Zustimmung Jugendlic

ist wieder zu verzeichnen.

Doch ein Wermutstropfen,

die Kampfkraft in künftigen Ause

andersetzungen empfindlich bee

trächtigen könnte, ist der Skan

um die Neue Heimat, der im wesent

lichen ein Debatel der Gewer

schaftsführung ist. Der Skandal

derspiegelt die Überbleiblichkeit v

Spitzenfunktionen à la Lapp

die ihren Frieden mit dem Kapital

mus geschlossen haben, ihre C

schäfte damit machen, ein enorm

Einkommen einstreichen und nic

kontrollierbar sind. Dies ist au

nicht durch ein Auswechslen w

Personen abzustellen, sondern n

durch eine grundlegende Demok

risierung. Die Wahl- und jederzeit

ge Abwählbarkeit aller Funktionä

und die Begrenzung ihres Einkor

mes auf einen durchschnittlich

Facharbeiterlohn sind geeignet, ei

kämpferische Führung aufzubauen

die nicht von der sozialen Lage ihr

Basis abgehoben ist.

Kampagne der Postgewerkschaft gegen Privatisierung Post unter demokratische Kontrolle



Demonstration gegen Privatisierungspläne der Kohlregierung: „Christian, der schwarze Geier, legt Privatisierungsgelei!“

brachte der britischen Regierung 3,5 Milliarden Pfund ein.

Bereits nach einem Jahr wirkte sich dies in Großbritannien folgendermaßen aus:

— 16.000 Arbeitsplätze gingen verloren.

— Die Ausbildungsplätze gingen drastisch zurück und zwar von 3.000 auf 60 innerhalb eines Jahres.

— Die Löhne der Beschäftigten in Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit wurden herabgesetzt.

— Die Gehälter der Direktoren stiegen teilweise um 64%.

In den USA ist das Telefonieren für den Durchschnittsbürger seit der Privatisierung innerhalb von zwei Jahren um durchschnittlich 37% teurer geworden. Aber auch bei uns wird schon seit einigen Jahren schlechtere Privatisierung durchgeführt. Dies hat sich weder für die Beschäftigten noch für den Kunden positiv ausgewirkt. Die Beschäftigten dieser Privatfirmen arbeiten meistens im Akkord und werden untertariflich bezahlt. Der Kunde muß meistens länger warten als bisher und die Qualität ist — durch die Akkordarbeit — oft schlechter.

Ebenso werden seit Schwarz-Schilling (CDU) bei der Reinigung von Postgebäuden immer mehr Putzkolonnen von Privatfirmen eingesetzt. Das Motto seit dem Regie-

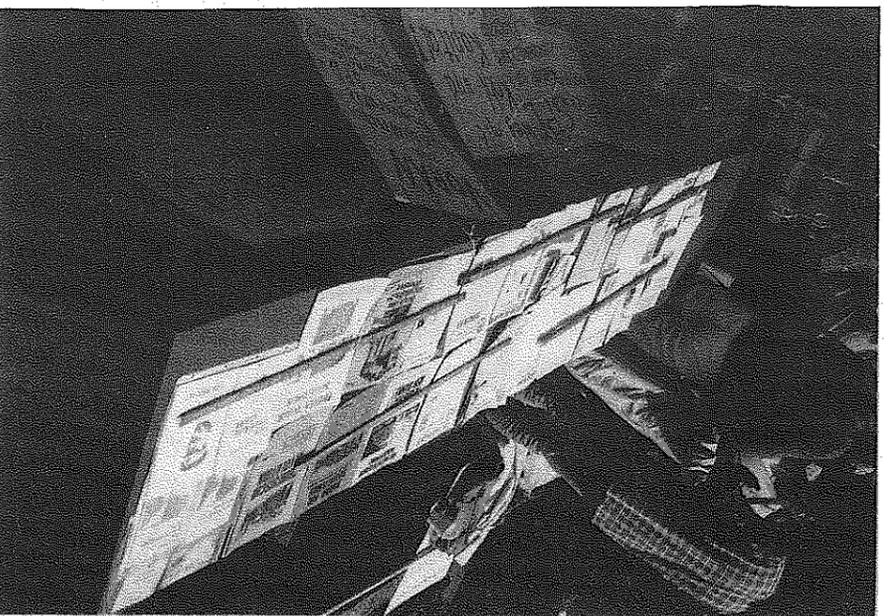
rungswechsel 1982 durch die CDU/FDP lautet: „Was Geld bringt, kriegen die Unternehmer!“ Diese Rosinenpickerei ist ein Zeichen dafür, daß wir uns einer Wirtschaftskrise nähern. Die Absatzmärkte scheinen weitgehend abgedeckt zu sein und nun müssen andere Wege gefunden werden, um die Profite zu halten bzw. zu steigern. Deshalb der Angriff auf die Post.

Vorbereitung dafür ist die Verbeamtungswelle bei der Post. Sie hat zum Ziel, die Postbeschäftigten möglichst streikunfähig zu machen.

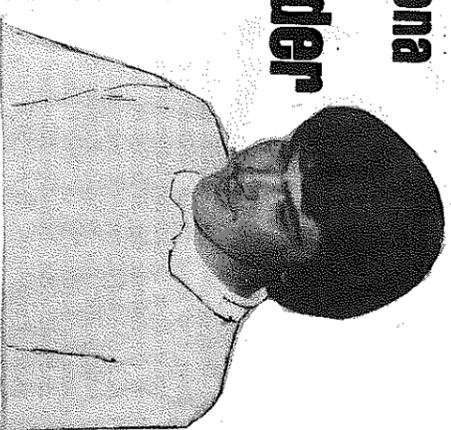
Die Forderung der Deutschen Postgewerkschaft, daß die Bundespost staatlich bleiben soll, reicht nicht aus. Denn seit Schwarz-Schilling das Ruder in der Hand hat, bestimmt er weitgehend die Richtlinien der Post und zwar nach Unternehmerinteressen. Bestes Beispiel für seine Politik war, als er das Fernmeldernetz „verkupfern“ wollte und jeder Beschäftigte wußte, daß Glasfaserkabel wesentlich besser sind.

Doch auch hier regiert der Profit! Deshalb müssen wir uns nicht nur dafür einsetzen, daß die Post so bleibt wie sie ist, sondern für eine Post unter demokratischer Kontrolle der Beschäftigten!

Eliane Preska, Aachen
Mitglied der DPG



Juso-Aktionsbeispiel: Hamburg-Altona Mehr Stimmen - Neue Mitglieder



„Ich wähle SPD, weil die SPD die Partei ist, die Arbeitnehmer-Interessen vertritt und weil es gegenwärtig die sozialste Partei ist. Ich will mit der SPD eine wirklich sozialistische Politik durchsetzen, d.h. Gemeineigentum an Produktionsmitteln mit demokratischer Kontrolle und Planung der Produktion durch die Arbeitnehmer.“
Martin Nestle, Stuttgart
Schüler, 18 Jahre

In unserem Stadtteil war in den letzten Wochen viel los. In der „heißen Wahlkampfphase“ vor den Senatswahlen waren wir fast jeden Tag unterwegs: Info-Stände, plakatieren, Flugblätter verteilen, Straßendiskussionen, vier SPD-Veranstaltungen auf Landes- und Kreisebene mit Brandt und Vogel, Demos gegen Brokdorf und die Räumung der besetzten Häuser in der Hafenstraße. Unsere Juso-Gruppe hat schon früh die Wahlkampfziele und -aktionen diskutiert. Leider haben wir keine Hilfe vom Juso-Landesvorstand erhalten, da der (Stamokap-geführte) Landesverband gegen den Wahlauftritt für die SPD war. Obwohl es in unserer Juso-Gruppe viele unterschiedliche Meinungen gibt, waren wir uns einig, für den Sieg der SPD zu kämpfen.

Aktion „Morgenröte“

Der Höhepunkt war eine ganze Aktionswoche im Oktober. Samstag, SPD-Infostand. Sonntag, Politischer Frischoppen. Montag, Hausbesuche. Wir machen uns im Viertel bekannt. Dienstag, Wir gönnen uns politische Information über die Traditionen der Hamburger Arbeiterklasse im lockeren Rahmen und besuchen das Museum der Arbeit. Mittwoch, Eine ganz lebendige Debatte zwischen SPD-Marxisten und eingeladenen Anarchisten über die Rolle des Staates und den Weg in eine Klassenlose Gesellschaft. 30 Jugendliche dabei. Donnerstag, Aktion „Morgenröte“. Flugblattverteilung morgens um 6.30 Uhr an die Arbeiter. Mensch, waren die vielleicht während auf die



„Ich wähle SPD und bin 1952 als 31jähriger der Partei beigetreten, um marxistische Strömungen in der Arbeitermassenbewegung mit zu beleben im Sinne ihrer deutschen Vorkämpfer Marx, Engels, Bebel, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.“
Hans Bötel, Hamburg
SPD-Mitglied, 65 Jahre

Das Ergebnis? Mehr Stimmen für die Partei (wenns auch für das Hamburger Gesamtergebnis leider nicht gerichtet hat), neue Mitglieder, Erfahrungen für uns und viel Spaß. Jetzt sind wir als Jusos im Viertel bekannt. Ein gutes Startkapital für den Bundesstapwahlkampf.
Jörg Dankowski, Hamburg-Altona
Jungsozialist

Anschließend noch einige Hausbesuche. Dann begann eine kleine Fete im Parteibüro. Wir haben gekocht, getrunken, gesungen, getanzt. Sonntag, Höhepunkt: öffentliche Veranstaltung. Wieweile Leute werden kommen? 20, vielleicht nur zehn? Nee, insgesamt 50 haben Sue und Mathias (von unserer AG), Werner, (dem linken Kandidaten) und Bettina (unserem Opfer des berühmten „Hamburger Kessels“) zugehört. Für die tolle Stimmung sorgten Greg mit seinen musikalischen Einlagen und die gute Diskussion.



Die gesamte Belegschaft nahm an einer außerordentlichen Betriebsversammlung vor dem Kölner Rathaus teil.

Völlig überraschend gab die Firma Daimon-Duracell in Köln am 28. Oktober dieses Jahres bekannt, daß der — mit Gewinn arbeitende — Betrieb in Köln zum 31. Dezember geschlossen werden soll. Auf einer Betriebsversammlung am 6. November verabschiedete die Belegschaft einstimmig folgende Resolution (Auszug):
„Der Darr-Kraft Konzern beabsichtigt, in Köln die Firma Daimon-Duracell Batterien GmbH zum 31. Dezember 1986 stillzuliegen und somit 358 Arbeitsplätze zu vernichten. Daneben werden nochmals 80 bis 100 Arbeitsplätze bei Zulieferfirmen und von der Firma Daimon-Duracell abhängigen Firmen vernichtet. Dies ist ein gesellschaftlicher Skandal angesichts der Tatsache, daß in Köln über 50.000 Menschen bereits ohne Arbeit sind.
Aufgrund dieser Massenarbeitslosigkeit wissen wir genau, daß mindestens 30 bis 40% der hier Beschäftigten in die Dauerarbeitslosigkeit entlassen wird. Für ältere Arbeitnehmer sowie für unsere ausländischen Kolleginnen und Kollegen gibt es — wenn sie den Arbeitsplatz bei der Firma Daimon-Duracell Batterien GmbH verlieren — kann noch Hoffnung.
Aus diesem Grunde geht es uns nicht um einen Sozialplan, wir wollen Arbeit! Wir wollen unsere Arbeitsplätze erhalten! Mit Nachdruck fordern wir sämtliche Parteien im Rat der Stadt Köln auf, alle Möglichkeiten auszuschnüpfen, die Arbeitsplätze in

diesem alten Kölner Unternehmen zu erhalten. Die Beschäftigten der Firma Daimon-Duracell GmbH möchten der Öffentlichkeit und den Ratsmitgliedern folgendes in Erinnerung rufen:
— Mit erheblichen finanziellen Zuschüssen der Stadt, somit mit unseren Steuergeldern, wurde die Anstellung der Firma damals subventioniert. Für einen Quadratmeterpreis von lächerlichen 33,- DM wurden die 6,8ha zur Verfügung gestellt. Von dem Kaufpreis von insgesamt 3,3 Millionen DM wurden dann nach Produktionsaufnahme der Firma nochmals 1,3 Millionen erlassen. Heute besitzt das Grundstück ohne Bebauung einen Wert von 8,1 Millionen Mark. Wir sehen nicht ein, daß dieser Wertzuwachs, finanziert durch unsere Steuergelder, jetzt nach Amerika abgeführt wird.
— Bei der Erschließung des Grundstücks wurde der Firma damals großzügige Unterstützung von Seiten der Stadt zuteil. Auch dieser Mehrwertzuwand wurde von unseren Steuergebern finanziert. (...) Für uns gibt es keinen Grund, den Slogan „Weiter so, Deutschland“ zu unterstützen.
Die Belegschaft der Firma Daimon-Duracell GmbH fordert:
— Der Rat der Stadt Köln muß Verhandlungen mit den Anteilseignern über die Weiterführung der Produktionsstätte Köln aufnehmen. Dies muß schnellstens geschehen, weil am 17. November 1986 der Ent-

Köln: Schließung von Daimon Kollegen fordern: Betrieb im eigener Regie

schluß des Anteilseigners auf der Gesellschafterversammlung formaljuristisch gefaßt werden soll.
— Für den Fall, daß der Darr-Kraft Konzern weiter an seinen Schließungsplänen festhält, ist die Belegschaft bereit, die Produktionsstätte Köln in eigener Regie zu übernehmen. Die Belegschaft erwartet umfassende materielle und ideelle Unterstützung des Wirtschafts-förderungsamtes der Stadt Köln. Warum sollte den Beschäftigten nicht dieselbe Wirtschaftsförderung zuteil werden, wie sie vor Jahren einem Privatunternehmer zuteil geworden ist?“

Desweiteren wäre zu fordern: Öffentlichtung der Geschäftsbücher, damit zu sehen ist, wo die Profite der Gesellschaft hingegangen sind.
Um eine Weiterführung des Betriebes in eigener Regie erfolgreich zu gestalten, wird es nötig sein, die Produktionsanlagen entschuldigungslos in das Eigentum der Stadt Köln zu überführen. Dabei müssen Bund und Land zur Unterstützung bereit sein. Dann kann der Betrieb unter der Kontrolle und Leitung möglicherweise drittparitätisch aus Vertretern der Belegschaft, der Gewerkschaft und des Staates erfolgreich weitergeführt werden. Ein Betrieb unter Arbeiterkontrolle hat dann auch die Möglichkeit, umweltverträglicher als bisher zu produzieren.

Ein gut mit Material ausgestatteter Info-Tisch gehört zu jeder Straßenaaktion im Wahlkampf. Allerdings sollte man sich nicht dahinter „verstecken“, sondern offensiv auf Passanten zugehen und das Gespräch suchen.

VORAN

Wahlkampf-InfoDienst!

für Juso-AG's, die aktiv sind oder es werden wollen.
enthält u.a.: Daten, Fakten, Argumente gegen die Rechtsregierung/ Aktionsbeispiele/ Texte und Manuskripte für Kulturveranstaltungen oder Sketche/ Tips und Hinweise für die praktische Wahlkampfarbeit/ Interessante Meldungen aus der Tagespresse/ Plannuschläfen für den Wahlkampf/ Wichtige Anschriften
Der Info-Dienst wird in unregelmäßigen Abständen ergänzt. Kosten: eine Spende nach eigener Wahl (was Euch die Tips wert sind ...)
Zu bestellen bei: Redaktion VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1

Friedensliste Keine Alternative

Die DKP ruft zur Bundestagswahl unter dem Motto „Die Kohl-Regierung abwählen, die linken Kräfte stärken“ zur Erststimmenwahl der Friedensliste auf und stellt einen Aufruf zur Wahl der DKP dahinter zurück. Es scheint verwunderlich, daß eine Partei, die in der Bundesrepublik immerhin auf eine längere Tradition im rückblicken kann und sich selber Arbeiterpartei nennt, jetzt auf einen eigenen Wahlauftritt verzichtet.

Betrachtet man die Liste der Kandidaten, so findet man jedoch — neben Ex-SPD-Linken wie Coppik und Hansen und einigen „progressiven“ Menschen unterschiedlicher Schattierungen, darunter eine Reihe Bürgerlicher — auch DKP-Kandidaten. Hinter dem Aufruf zur Wahl der Friedensliste ist also der Versuch zu erkennen, eigene Kandidaten und Funktionssträger unter anderer Flagge segeln zu lassen, ohne daß das dabei oft hinderliche DKP-Image allzu deutlich hervortritt. Denn gerade in der Bundesrepublik hat der sogenannte Sozialismus der beachtlichen DDR mit unübigen Versorgungproblemen, hochbezahlten und privilegierten Funktionären und der Unterdrückung jeglicher Kritik keinerlei Anziehungskraft.

Bindnisstrategie

In den Forderungen der Friedensliste taucht der Begriff Sozialismus gar nicht mehr auf. Es geht dort um mehr Demokratie und Frauenrecht, um Arbeitsplätze und soziale Sicherheit, um Abrüstung und Umweltschutz, ohne jedoch klar aufzuzeigen, wie all diese Reformen in einem kapitalistischen Krisensystem durchgesetzt werden können. Um bei der Kernforderung nach Frieden zu bleiben: „Kapitalismus heißt Krieg“ (Lenin) oder, wie Rosa Lu-

xemburg es umgekehrt ausdrückte: „Frieden heißt Weltrevolution“. Aufrüstung ist nicht klassenneutral. Der Frieden kann nur dauerhaft gesichert werden, wenn die kapitalistische Klasse und ihr imperialistisches System gestürzt ist. Diese Konsequenz wird in der Friedensliste nicht aufgegriffen. Das überrascht vielleicht in der ersten Moment bei einer Liste, zu deren Wahl von der DKP aufgerufen wird und die personell mit der DKP in engem Zusammenhang steht. Die Erklärung hierfür liegt in der angewandten Strategie, über bestimmte Fragen „breite Bündnisse“ herzustellen mit allen „progressiven“ Kräften — das können Professoren oder Unternehmer sein.
Zugunsten eines derartigen Bündnisses geben die DKP-Kandidaten ihre inhaltlichen Positionen vollkommen auf. Die tiefere Ursache für ein derartiges Verhalten liegt in der Einschätzung der Arbeiterklasse: Laut DKP gehen die Arbeiter in der Bundesrepublik immer weiter nach rechts und sind vom „Anti-Kommunismus“ derart verblendet, daß man natürlich in diese Klasse kein Vertrauen setzen kann, was die sozialistische Änderung der Gesellschaft angeht und sich an sogenannte fortschrittliche Kräfte anbindern muß.
So werden an sich richtige Forderungen erhoben, die aber durch das Fehlen einer klaren Perspektive in Richtung auf eine sozialistische Gesellschaft undurchsetzbar werden. Nur die Arbeiterklasse, organisiert um ein sozialistisches Programm, kann Frieden, mehr Gerechtigkeit, gesunde Umwelt und so das Überleben der Menschheit insgesamt sichern!

Detlef Cords, Hamburg-Altona
Jungsozialist

VORAN

Dies ist auch verständlich. Entstehung und Existenz der Grünen sind ein einziger Denkzettel insbesondere an die Adresse der SPD-Spitze. Als Reaktion auf die rechte Krisenverwertungspolitik der Schmidt-Regierung sind sie entstanden. In ihren Reihen sind zahlreiche ehemalige Jusos und aktive Parteimitglieder, die der SPD aus Enttäuschung den Rücken kehrten.

Daß es dazu gekommen ist, liegt in erster Linie in der Verantwortung der Parteirechten. (Überall da, wo führende SPD-Politiker halbwegs kämpferisch und mit offensiven Inhalten aufgetreten sind — wie z.B. Oskar Lafontaine im Saarland — schritten die Grünen tendenziell schlechter ab.

SPD-Linke

Doch auch die Parteilinke ist nicht ganz unschuldig an dieser Entwicklung. Hätte sie in der Vergangenheit bundesweit klar Flagge gezeigt und für Alternativen zur Politik der Partei gekämpft, dann wäre auch nach außen hin deutlich geworden, daß nicht die gesamte Partei wie „ein Mann“ hinter Helmut Schmidt steht.

In der derzeitigen SPD-Bundestagsfraktion soll es 60 bis 70 Personen geben, die sich der Parteilinken zurechnen. Wo sind sie? Wann hat man je etwas von ihnen gehört? Warum wehren sie sich nicht öffentlich, wenn die SPD-Partei- und Fraktionsspitze lauwarme Opposition betreibt (z.B. Angebot zur Zusammenarbeit mit der Regierung in der Renten- und Volkszählungsfrage) oder Initiativen der Grünen gemeinsam mit der Regierung niederschwächen (z.B. die GAL-Kontrollkommission, obwohl sie der SPD-Beschlußlage entsprechen (z.B. Aussperrensverbot, Antrag auf sofortigen Abzug von Pershing II und Cruise Missiles)? Viele Linke und prominente Juso-Funktionäre ziehen leider (aus Angst um ihre persönliche Karriere) den Weg der Anpassung, der faulen Kompromisse, der Unterordnung vor.

„Realos“

Dieses Phänomen macht sich allerdings bei den grünen Realo-Politikern auch zunehmend bemerkbar. Schwammige, unklare Inhalte, der Mangel an einem geschlossenen, alternativen Programm, aber auch die zunehmenden materiellen Verlockungen, je höher man in „Amt und Würden“ kommt, wirken sich aus.

Denn weniggleich die Grünen auch eine Reihe guter Einzelforderungen im Programm haben (AKW-Ausstieg, NATO-Austritt, ökologisch sinnvoll produzierten), so fehlt doch ein umfassendes Gesamtkonzept, vor allem in der Wirtschaftspolitik und zur Durchsetzung dieser Forderungen. Manche Aussagen weisen sogar in eine gefährliche Richtung, etwa wenn pauschal gegen Wachstum, gegen großindustrielle Produktion, gegen „zweifelhaftes“ polemisiert wird. Solche Parolen greifen die konservativen und reaktionären Kräfte mit Vorliebe auf und verkaufen Sparpolitik als „maßhalten“, Sozialabbau als „Eingedenkinitiative“ statt Ruf nach dem Staat!

Falsche Richtung

Ohne Großindustrie ist Massenproduktion nicht denkbar: die alternative Schreinerwerkstatt kann kein Modell für die Stahlindustrie oder die Banken sein; viele Bedürfnisse sind noch längst nicht befriedigt (Stichwort „Dritte Welt“ oder auch „neue Armut“ in den Industrielandern); auch die Staatsfrage erschöpft sich nicht in einem „mehr oder weniger“, sondern in der Beantwortung der Frage, welcher Staat es ist, in wessen Interessen er handelt, wer ihn kontrolliert.

Viele Jungwähler sind in diesen Wochen hinsichtlich ihrer Wahlentscheidung im Januar hin- und hergerissen: grün oder SPD wählen? Das ist hier die Frage. Die Grünen haben für viele eine große Anziehungskraft. Sie sind als einzige Partei für den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie; sie setzen sich vehement für mehr Umweltschutz ein; sie treten frecher und ehrlicher auf als die anderen; kurz: sie sind anders als die „Großen“ und haben die Sympathie für »David gegen Goliath« auf ihrer Seite. Die Wahl der Grünen scheint wie geschaffen, den „Großen“, vor allem der SPD, einen Denkzettel zu verpassen.

SPD oder Grünen wählen?

Interessen von Arbeitern und Jugend durchsetzen

Boehinger in Hamburg) oder „Klammerheilige Freude“ darüber (z.B. nach der Schließung einer Esso-Ölraffinerie in Köln) ohne eine Alternative für die betroffenen Arbeiter sind nicht akzeptabel. Sie tragen vielmehr dazu bei, daß die Un-tennehmer die berechnete Arbeitsplatzangst von Arbeitern und Gewerkschaften gegen berechnete Umweltschutz-Forderungen auszuspielen können. Wer ist letztendlich verantwortlich für die Umweltverschlechterung? Wer profitiert von der Rüstungsproduktion? In wessen Interesse werden Staatsapparat, Polizei und Justiz auf Anti-AKW-Demonstrationen gehebt? An welchem Übel in dieser Gesellschaft man auch ansetzt, man landet immer bei demselben: dem Kapital und seinen politischen Handlangern.

Krise des Kapitalismus

Das kapitalistische System ist (nicht zum ersten Mal) seit Mitte der 70er Jahre in eine tiefe Krise geraten: Massenarbeitslosigkeit, Staatsverschuldung, Umweltkatastrophen, Sozialabbau, weltweite Verschuldungskrise, Verelendung in der dritten Welt, Umverteilung zugunsten des Kapitals in den Industriestaaten. Die Anarchie des marktwirtschaftlichen Konkurrenzprinzips entzieht sich jeder vernünftigen Planung entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerungsmehrheit.

Grüne Vorstellungen vom Genossenschaftsprinzip und der „Konkurrenz der freien Träger und Initiativen“ sind keine Alternative. Wenn man „ökologisch sinnvoll produzieren“, wenn man AKW's abschalten, Energie- und Rohstoffbedarf sparen und gepflanzt decken, wenn man den betroffenen Arbeitern Ersatzarbeitsplätze anbieten, wenn man die Arbeitszeit drastisch verkürzen und



Oben: grüner Parteitag/ links: Josepha Fischer. Ob die SPD-Spitze auf eine Große Koalition zusteuert oder mit den Grünen verhandelt, hängt einzig von der Stärke und Schlagkraft der Parteilinken ab.

Verhältnisse möglich, können die vielen guten Ansätze der Grünen durchgesetzt werden.

Die Grünen haben weder ein solch umfassendes Programm noch sind sie die traditionelle oder auch nur Massenorganisation der arbeitenden Bevölkerung.

Nun mag man einwenden, die SPD-Politik sei ja ebenfalls nicht sozialistisch. Das ist leider nur zu wahr. Doch ist die SPD durch Entscheidung, Tradition, Programmatik, gewerkschaftliche Verbindungen, in der überwiegenden Zusammensetzung ihrer Mitglieder- und Wählerschaft tief in der Arbeiterklasse verwurzelt. Von diesen Wurzeln und gewerkschaftlichen Verbindungen her werden auch in Zukunft neue Schichten in die Partei strömen und ihr neue Impulse geben.

Wenn sich die kapitalistische Krise verschärft, die immer schwerer drückenden Krisenlasten auf die Arbeiter abgewälzt werden sollen, wenn die Klassenkämpfe zunehmen, nicht nur politisch bewußtere Aktivisten sondern immer weitere Schichten der arbeitenden Bevölkerung Antworten und Alternativen suchen und diskutieren, dann werden sie sich in erster Linie der SPD zuwenden, nicht der DKP, nicht den politischen Sekten — und auch nicht den Grünen. Dann kommt es darauf an, ob sie unter dem Einfluß einer rechtssozialdemokratischen Politik der kapitalistischen Krisenverwertung geraten, oder ob ein schlagkräftiger marxistischer Flügel besteht, der eine sozialistische Alternative anbieten kann.

Es ist ausgeschlossen, daß die Grünen einmal weite Teile der Arbeiterbewegung hinter sich haben und zu einer Massenpartei werden, die eine Alleinregierung stellen kann. Kein grüner Anhänger oder Wähler sollte sich dies ernsthaft vormachen.

Grüne als Druckmittel

Doch wer Politik nicht als Pokerspiel versteht, das „den Herrschenden einen Schreck einjagen“ soll, der muß sich fragen, wie grüne Ideen, und seien sie noch so gut, ernsthaft durchgesetzt werden können. Ein Kreuzziehen alle 4 Jahre, ob bei SPD oder Grünen, ist ohnehin nicht ausreichend. Durch Wahlen oder Parla-

mentarbeit allein ändert sich nicht Grundlegendes. Die wahre Macht liegt in den Chefetagen der Konzerne und Banken, sie kann nur durch eine sozialistische Massenpartei in umfassender Mobilisierung gebrochen werden.

Die einzige andere Möglichkeit ist die Grünen als Mittel zu betrachten: die SPD auf einen linken Kurs zu zwingen, der die Interessen von Arbeitern und Jugendlichen vertritt. Aber auch hier stellt sich die Frage: wer denn in der SPD diesen Druck wahrnehmen soll? Die SPD-Politik soll, wenn nicht ein schlagkräftiger sozialistischer Flügel?

Ginge es allein nach der Parteispitze, das zeigt die Erfahrung der Großen Koalition 1966 (siehe Seite 4 und 5), das zeigt auch die Launen nach den Hamburger Senatswahlen so würde sie im entsprechenden Fall vor einer Zusammenarbeit mit der CDU nicht zurückschrecken. Doch 10% Stimmen für die GAL könnten das nicht verhindern. Auch hier kommt es einzig und allein auf die innerparteiliche Kräfteverteilung, auf die Stärke der Parteilinken, auf die Stimmung an der Basis an, ob die SPD-Spitze an einer Zusammenarbeit mit der CDU gehindert werden kann.

Marxistischen Flügel stärken

Wer einen Linksruck der SPD, w. klare sozialistische Politik von innen will, kommt nicht umhin, in der Partei entsprechende Mehrheiten zu kämpfen.

Seit dem Sturz der Schmidt-Regierung ist einiges an die Oberfläche gekommen, was vorher zähneknirschend zurückgehalten wurde (Ablehnung NATO-Doppelbeschlüsse, Kehrtwende in der Energiepolitik). Wenn alle diejenigen, die aus Frustration mit der SPD außerhalb der Partei schmollen oder die Grünen unterstützen, in der Partei für ein sozialistisches Programm eintreten würden, wären wir schon wesentlich weiter.

Mit dem Aufbau eines stark marxistischen Flügels in der SPD mehr gewonnen als mit der allertheils roten-grünen Taktikerei.

Angela Bankert, Köln
Jungsozialistin

Ich möchte

VORAN abonnieren
6 Ausgaben zu 9,60 DM

VORAN wettterekaufem
und bestelleExemplare in Kommissariat
(Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

ein VORAN-Förderabo
zu DM bezahlen (ab DM 20,-)

(Bitte nebenstehendes Adreßfeld
ausfüllen und einschicken.)

Pochel Essen, BLZ 360 100 43
Konto Nr. 2500 59-430

Einsenden an: VORAN, Hansring 4, 5 Köln

VORAN

unterstützen und bitte
um weitere Informationen



Name

Anschrift